

Markt oder Staat



in Krisen?

Auswirkungen der Pandemie auf
ökonomische Denkmuster





Über die Joachim Herz Stiftung

Die gemeinnützige Joachim Herz Stiftung fördert Bildung, Wissenschaft und Forschung. Unsere Arbeit zeichnet sich durch die Verbindung von Individualförderung, konkreter Projektarbeit und strukturierter Förderung in den Themenfeldern Wirtschaft, Naturwissenschaften und Persönlichkeitsbildung aus. Zudem unterstützen wir innovative, anwendungsorientierte Forschung an den Schnittstellen zwischen Natur- und Ingenieurwissenschaften sowie Vorhaben im deutsch-amerikanischen Austausch. Die Joachim Herz Stiftung wurde 2008 errichtet und gehört zu den großen deutschen Stiftungen.

Eine Notbremsung und ihre Folgen

Der März 2020 könnte in die Wirtschaftsgeschichte eingehen. Um die Ausbreitung des neuen Coronavirus zu stoppen, entscheiden sich Regierungen weltweit – auch in Deutschland – zu einer Notbremsung in voller Fahrt: Praktisch von einem Tag auf den anderen gehen Wirtschaft und Gesellschaft in den Lockdown, schließen Universitäten und Schulen, machen Theater und Kinos dicht, kommen ganze Branchen zum Stillstand.

Die Wirtschaft erleidet einen Schock. Der Lockdown und andere Corona-Einschränkungen lassen Lieferketten reißen, verhindern, dass Verbraucher:innen Geld ausgeben oder Unternehmen noch investieren.

Dieser Corona-Schock, dem später weitere Schockwellen folgen werden, ist zum beliebten Studienobjekt von Ökonomen avanciert. Die Hypothese der Wissenschaftler:innen lautet nämlich: An der Pandemie und ihren Auswirkungen zeigen sich die Konfliktlinien und Bruchpunkte der modernen, kapitalistischen Wirtschaft.

Es geht um Fragen wie: Wo versagen Märkte und wo Staaten? Wer leidet unter Großkrisen, wer dagegen profitiert? Wie verändern gesellschaftliche Disruptionen unsere Arbeitswelt? Brauchen Märkte angesichts von Herausforderungen wie dem Klimawandel mehr Interventionen durch die Wirtschaftspolitik? Oder weniger?

Auf den folgenden Seiten haben wir Antworten von Ökonom:innen auf solche Fragen gesammelt. Wir wollen

Ihnen einen Überblick geben, was die Wirtschaftswissenschaften bewegt, und zeigen, wie die Disziplin die Coronakrise und ihre Folgen verarbeitet hat.

Für uns als Stiftung, die wirtschaftswissenschaftliche Forschung fördert, ist das Heft eine Sammlung spannender, ökonomischer Erkenntnisse zu den herausfordernden Jahren, die hinter uns liegen. Gleichzeitig weisen die Ergebnisse der Ökonom:innen aber auch in die Zukunft – denn es tun sich neue Forschungslücken auf, nicht zu vergessen der eine oder andere Richtungsstreit. Ökonomische Krisen, an denen sich Wirtschaftswissenschaftler:innen auf dieser Grundlage künftig abarbeiten können, gibt es schließlich zur Genüge.





Inhalt

6 Wie Corona die Wirtschaft einfro

... und doch alles veränderte. Die Auswirkungen der Pandemie auf die Wirtschaft bleiben paradox.



10 Der starke Staat ist wieder da

Der Staat hat sich in der Coronakrise als wirtschaftspolitischer Akteur behauptet. Ausnahme oder neue Regel?

- 20 Case Study: »Wir sind sehr verunsichert, wo die Reise noch hingeht.«**
Bernd Schulze hat mit seinem Geschäft alle Arien der Coronahilfe durchgemacht. Und noch immer bleibt die Unsicherheit.



22 Generation Lockdown

Weniger Humankapital, gestiegene soziale Ungleichheit. Die Schulschließungen hinterlassen tiefe Wunden.

- 28 Interview: »Das war der reinste Schlingerkurs.«**
Bildungsökonomin vs. Pädagoge. Ein Streitgespräch zur Bildungspolitik im Lockdown.



34 Produktiv am Küchentisch

Sind Homeoffice und New Work die Heilsbringer einer modernen Arbeitswelt? Forscher:innen sind sich nicht einig.

43 Exkurs: Coworking auf dem Land
Büroatmosphäre und Gemeinschaft, Remote-Kultur und keine langen Pendelzeiten – Coworking Spaces boomen.

44 Sieben Fragen,
die die Wirtschaftswissenschaften (noch) nicht beantworten können



46 Die Krise der Mütter

Mütter litten besonders unter der Doppelbelastung aus Familie und Beruf. Drei Wissenschaftlerinnen erzählen.



54 Sicherheitsnetz mit Lücken

Der deutsche Sozialstaat kennt viele Formen der Absicherung – und hat diese zur Hochphase der Pandemie erweitert. Verlierer gab es trotzdem.



64 Rat in Zeiten der Unsicherheit

Jakob von Weizsäcker, Chefökonom des Finanzministeriums, erzählt, was für ihn gute Politikberatung ausmacht.





Wie Corona die Wirtschaft einfrore – und doch alles veränderte



Text: PATRICK BERNAU

Das Paradox der Pandemie:
Einerseits hat sie die Wirtschaft
verändert wie kaum ein anderes
Ereignis in der Geschichte der
Bundesrepublik – andererseits hat
sie viele Strukturen zementiert.

Wie sehr das Coronavirus die deutsche Wirtschaft verändert hat, das sah man vielleicht am besten nach der ersten Hochphase der Pandemie, zu einer Zeit, als fast keiner mehr über Corona sprach. Es war das Jahr 2022, inmitten der Ukraine-Krise, als Deutschland plötzlich viel weniger Gas bekam und Energie teuer war. Innerhalb von nur zwölf Monaten ließ sich die Bundesregierung insgesamt 360 Milliarden Euro an zusätzlichen Ausgaben genehmigen, rund zehn Prozent des jährlichen deutschen Bruttoinlandsproduktes – ein selten gesehener Wert an zusätzlichem Staatsdefizit. Nicht einmal auf den Höhepunkten der Ölkrisen in den 1970er-Jahren hatte Deutschland solche Neuverschuldungswerte. Doch in den 2020er-Jahren ist das Land solche Defizite gewohnt. Nach den Hilfspaketen in der Pandemie klangen dreistellige Milliardenbeträge nicht mehr so unerhört wie zuvor.

Das »neuartige Coronavirus«, das sich anfangs in der südchinesischen Stadt Wuhan ausbreitete und ausgerechnet am Silvestertag des Jahres 2019 erstmals Alarmglocken läuten ließ, hat auch Deutschland in eine Pandemie gestürzt, wie sie kaum jemand schon erlebt hatte und die laut Robert-Koch-Institut in Deutschland mehr als 100.000 Menschen das Leben kostete. Doch während das Virus viele Deutsche eindeutig krank gemacht hat, blieben seine wirtschaftlichen Wirkungen paradox.

Einerseits hat es die Wirtschaft des Landes verändert wie nur wenige andere Ereignisse in der Geschichte der Bundesrepublik, andererseits hat es gleichzeitig viele Strukturen zementiert. Die Wirtschaftswissenschaft ist geradezu in der Pflicht, die Pandemie wenigstens zu einem Guten zu nutzen: ihre Thesen zu aktualisieren. Sie muss althergebrachte Glaubenssätze überprüfen und neues Wissen gewinnen. Die Arbeit daran hat schon lange begonnen. Dieses Heft soll einen Einblick in den Stand geben.

So viel steht fest: Corona hat den Strukturwandel gebremst. Wenn die Menschen im Lockdown zu Hause sitzen und einander kaum besuchen können, dann gründen sie auch weniger Unternehmen – schon allein das bewahrt die alten Strukturen und kostet die Wirtschaft Dynamik auf Jahre hinaus. Das Institut für Mittelstandsforschung (IfM) in Bonn hat ermittelt, dass die Zahl der Existenzgründungen in Deutschland in den Pandemie Jahren 2020 und 2021 so tief sank wie seit Jahren nicht mehr.

Auf der anderen Seite sorgten Hilfspakete der Bundesregierung in dreistelliger Milliardenhöhe dafür, dass viel weniger Unternehmen schließen mussten als in normalen Zeiten. 2021 waren laut IfM nur 4,6 Prozent der deutschen Unternehmen insolvent, auch das ein außerordentlicher Tiefstand – und das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) hat ermittelt: Es waren gerade die von der Pandemie besonders betroffenen Branchen, in denen die Insolvenzen stark zurückgegangen sind. Das ist bemerkenswert, wo in Zeiten der Rezession doch eigentlich besonders viele Unternehmen pleitegehen.

Während der Coronapandemie war die Wirtschaft praktisch eingefroren, und der Staat hat dafür eine Menge an Kühlmittel geliefert. Gleichzeitig wurde deutlich, wie sehr der Staat selbst eingefroren war: Krankheitsfälle wurden per Fax gemeldet, eine Warn-App wurde zwar entwickelt, ihr Nutzen blieb aber angesichts vielfältiger Beschränkungen zu gering. »Die Pandemie war ein Probelauf für die Herausforderungen der Zukunft. Die Generalprobe ist misslungen«, bilanziert der Ökonom Moritz Schularick in seinem Buch »Der entzauberte Staat«. Und der wissenschaftliche Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums brach in einem Gutachten den Stab über die Verwaltung: »Deutschland leistet sich in der öffentlichen Verwaltung Strukturen, Prozesse und Denkweisen, die teilweise archaisch anmuten.« Doch die Diagnose ist der erste Schritt zur Therapie. Inzwischen sind an verschiedenen Stellen der öffentlichen Verwaltung mit Nachdruck Initiativen angelaufen, die den Staat agiler machen sollen.

Schon während der Pandemie hat sich das Land wirtschaftlich modernisiert.

Unternehmen haben die Erfahrung gemacht, dass angesichts von Lockdowns und Personalausfällen ihre Zulieferer häufig ihren Verpflichtungen nicht nachkommen konnten. Große Nachschubprobleme haben sie schon früh in der Pandemie dazu gebracht, ihre Lieferketten robuster zu schmieden und dafür zu sorgen, dass sie wichtige Teile nicht nur aus einem Betrieb, aus einem Land bekommen.

Gleichzeitig hat die Digitalisierung einen Schub bekommen. Die Berliner Bäder nahmen die Zugangsbeschränkungen der Pandemie zum Anlass, Eintrittskarten online zu verkaufen statt am Kassenhäuschen.

Der Pharmakonzern Rentschler, der Corona-Impfstoffe für Curevac herstellt, tauscht die Produktionsdaten mit seinen Geschäftspartnern jetzt automatisiert aus und spart dadurch Arbeit. Und der Waagenhersteller Bizerba schafft es endlich, seine Supermarkt-Waagen häufiger per Fernwartung zu reparieren. Eigentlich gab es diese Funktion schon lange, aber viele Supermärkte wollten sie nicht in Anspruch nehmen – aus Angst davor, dass ihre Obst- und Gemüsegewichte ausspioniert werden. Selbst in deutschen Bäckereien kam digitales Bezahlen in Mode: In der Pandemie wurden viele Widerstände innerhalb von Tagen weggewischt. »Die Pandemie führt zu ›Plug and Play‹-Automatisierung: Fertige Automatisierungstechniken werden schneller angewandt«, resümiert Carl Benedikt Frey, Wirtschaftshistoriker an der Universität Oxford. Von diesen Produktivitätsfortschritten kann Deutschland noch lange profitieren.

Digitaler ist auch die Arbeitswelt geworden. Das ifo Institut in München hat ermittelt, dass Vollzeitbeschäftigte jetzt durchschnittlich 1,4 Tage die Woche im Homeoffice arbeiten. Die Arbeit von zu Hause hat sich fest etabliert. »Nie zuvor hat irgendein Ereignis in so kurzer Zeit derart umfassend das Arbeitsleben umgekrempelt«, sagt Mathias Dolls, einer der Studienautoren. Davon profitiert die Produktivität der Mitarbeitenden

auf jeden Fall – andererseits scheint die Kreativität unter räumlicher Trennung eher zu leiden.

Ohnehin haben sich die Deutschen umorientiert, was ihre Arbeit angeht. Die Bundesagentur für Arbeit weiß: In den Jahren der Pandemie haben in Summe mehr als 100.000 Menschen die Berufe verlassen, die von der Pandemie beeinträchtigt waren: die Gastronomie, den Einzelhandel, auch den Personentransport. Andere Berufe hatten dagegen enormen Zulauf: die Informatiker:innen, die Paketbot:innen und Lagerist:innen, nicht zuletzt auch die öffentliche Verwaltung und selbst die Erzieher:innen.

In einem Bereich der Gesellschaft sind die Folgen mittel- und vor allem langfristig noch gar nicht absehbar: Kinder und Jugendliche haben in der Pandemie viel Unterricht versäumt. Einige wurden regelrecht depressiv, weil ihnen wichtige Sozialkontakte fehlten. Andere konnten bis heute wichtigen Lernstoff nicht aufholen. Die Defizite sind solide festgestellt, doch ob sie behoben werden können, das kann die Wissenschaft heute noch nicht endgültig sagen.

Insgesamt bleiben im Zusammenhang mit der Coronapandemie viele Fragen. Sie sind entscheidend für Deutschlands Zukunft - und auf den folgenden Seiten erfahren Sie Antworten. —●●



Was die Wirtschaft noch lange voranbringt

Digitalisierung: Nicht immer hatten die Deutschen viel Lust auf Digitalisierung, doch während der Krise wurden viele Einwände beiseite gewischt. Fertige Lösungen wurden vielerorts ohne große Diskussion eingeführt.

Homeoffice: Schon eine Prä-Corona-Studie zeigte: Heimarbeiter:innen sind im Vergleich 13 Prozent produktiver. Das kann die Wirtschaftsleistung Deutschlands dauerhaft steigern.

Stellenwechsel: Zwar bekamen von der Pandemie betroffene Unternehmen großzügige Staatshilfen, doch viele Mitarbeitende orientierten sich trotzdem um – und wechselten in Branchen, in denen neue Arbeitskräfte gebraucht wurden.

Impfstoff-Entwicklung: Noch nie zuvor wurden so schnell Impfstoffe gegen neue Viren auf den Markt gebracht. In der Pandemie hat sich eine Technik bewiesen, die jetzt schon Hoffnung macht auf einen Impfstoff gegen andere Atemwegserkrankungen und sogar für die Krebsbehandlung.

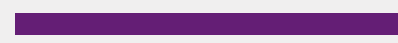


Was die Wirtschaft dauerhaft zurückhält

Unterrichtsausfall: Deutschland gehört zu den Ländern mit den längsten Schulschließungen weltweit. Der digitale Unterricht lief vielerorts nicht gut. Hunderttausende von Kindern sind langsamer vorangekommen, als sie sollten. Und viele, die es sowieso schon schwer hatten, sind sogar zurückgefallen. Das Zwischenergebnis: Doppelt so viele Kinder sind psychisch belastet, die Lernzeit hat sich halbiert.

Weniger Migration: Deutschlands Bedarf an Arbeitskräften steigt seit Jahren. Gedeckt wurde er vor der Pandemie vor allem durch Zuwanderung, nicht nur aus den klassischen Flüchtlingsländern, sondern auch aus Osteuropa. Diese Zuwanderung kam während der Pandemie ins Stocken. Das schadet auch der Altersstruktur Deutschlands.

Der Strukturwandel stockt: Manche Unternehmen schließen, andere werden neu gegründet – auf diesem Weg modernisiert sich in normalen Zeiten die Wirtschaft – nicht so während der Pandemie. Sowohl Insolvenzen als auch Unternehmensgründungen sanken auf deutliche Tiefstände.



Der starke Staat ist wieder da



Text: DAVID SELBACH

BIG GOVERNMENT

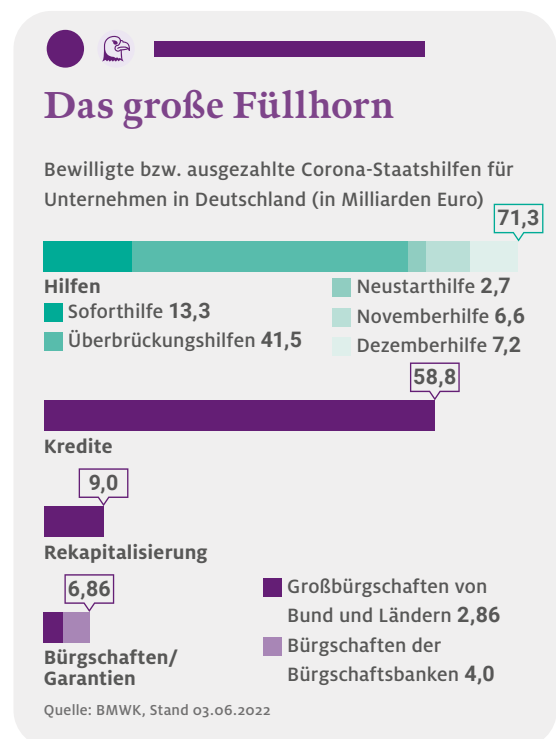


Zuerst die Finanzkrise 2008 mit der Bankenrettung, dann die massiven Staatshilfen in der Coronapandemie: Der Staat als wirtschaftspolitischer Akteur ist wieder salonfähig. Ökonominen und Ökonomen sind unsicher, ob das die Ausnahme bleibt – oder die neue Regel wird.

Ben noch war der Himmel voller Kondensstreifen, und dann, fast von heute auf morgen, ist alles vorbei: Durch die Lockdowns kommt der Luftverkehr im März 2020 praktisch zum Erliegen. In Deutschland bricht das Passagieraufkommen von Februar auf März 2020 um 63 Prozent ein, im April sinkt es fast auf null. Deutschlands Airline Lufthansa geht jetzt sehr schnell die Luft aus. Die Umsatzerlöse im ersten Halbjahr 2020 sinken um 52 Prozent, sogar ein Schutzschirmverfahren steht im Raum, wegen drohender Zahlungsunfähigkeit.

Also schüttet die Bundesregierung das ganze Füllhorn der Corona-Hilfsmaßnahmen über der gebeutelten Fluggesellschaft aus: Der flugs eingerichtete Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) stabilisiert die Lufthansa mit stillen Einlagen in Höhe von 5,8 Milliarden Euro. Von der bundeseigenen KfW kommt eine weitere Milliarde. Und die Regierungen der Schweiz, Österreichs und Belgiens gewähren zusätzlich zwei Milliarden als Kredit, weil dort die Lufthansa-Töchter Swiss, Austrian und Brussels Airlines sitzen. Insgesamt neun Milliarden Euro fließen in den Topf, der den Konzern vor der Pleite retten soll. Mit Erfolg: Die Lufthansa überlebt, nimmt am Ende sogar nur rund 3,8 Milliarden Euro aus dem Paket in Anspruch, ist wieder erfolgreich am Markt und hat die Hilfen im November 2021 bereits komplett

zurückgezahlt. Noch hält der staatliche WSF etwas unter zehn Prozent an dem Unternehmen, will den Rest der Aktien aber bis spätestens Oktober 2023 verkaufen. Wenn niemand fliegt, gibt es keine Nachfrage. Die klas-

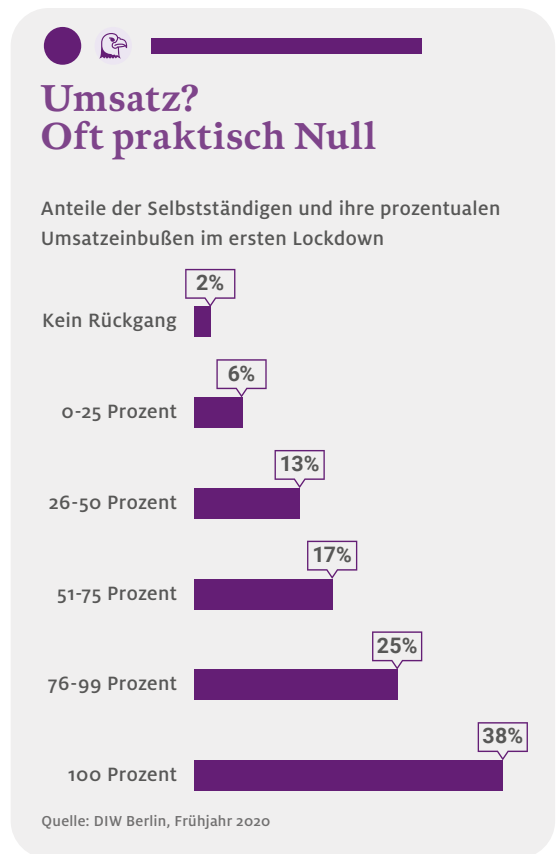


sische Wirtschaftswissenschaft kennt in einem solchen Fall eigentlich kein Erbarmen. Es ist nämlich nicht sinnvoll, Waren oder Dienstleistungen herzustellen und anzubieten, die keiner kauft. Die benötigten Ressourcen kann man woanders vernünftiger einsetzen. Ökonomisch betrachtet ist der Marktaustritt eines Anbieters ohne Kund:innen einfach nur effizient. Dass die Rettung der Lufthansa (und tausender anderer Unternehmen) durch Regierungsgelder trotzdem zwingend erschien, hat sicher mit der besonderen Situation der Pandemie zu tun und dass der Nachfragerückgang zeitlich begrenzt sein würde. Es liegt aber auch an einem veränderten Blick auf das Verhältnis von Staat und Markt.

Versagen Markt oder Staat?

In der traditionellen Volkswirtschaftslehre war die Sache klar: Der Staat soll sich raushalten, außer es entsteht ein sogenanntes Marktversagen. Grundlage für diese Annahme ist das Theorem der Wohlfahrtsökonomie, wonach Märkte die effizientesten Wertschöpfer sind, zumindest unter drei Bedingungen. Erstens: Langfristig werden alle angebotenen Güter nachgefragt. Zweitens: Alle Konsument:innen und Unternehmen stehen miteinander im Wettbewerb, sodass es beispielsweise kein Monopol gibt. Drittens: Es herrscht ein Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage, sprich, es gibt eine optimale Verteilung aller Güter.

Immer wieder treten jedoch Konstellationen auf, in denen diese Bedingungen nicht gegeben sind, beispielsweise dann, wenn sogenannte negative Externalitäten entstehen. Umweltschäden spielen vielleicht auf dem Markt keine Rolle, sie können wohl aber die Gemeinschaft auf Dauer treffen. Dann übernimmt der Staat die Kosten und gleicht das Marktversagen aus. Für die Coronapandemie könnte man bei der Impfstoffherstellung von Marktversagen sprechen, weil die Unsicherheiten bei Unternehmen zu groß waren, ob sie den Impfstoff denn anschließend auch zu für sie profitablen Preisen hätten verkauft bekommen. Sie hätten in der Folge möglicherweise keinen Impfstoff hergestellt, was Kosten für die Gesellschaft verursacht hätte. Der Staat ist daher eingespungen, hat die Kosten der Unsicherheit übernommen, indem er feste Zusagen zur Abnahme machte. Es war ein Ausgleich für die Externalität »Unsicherheit«.



Externalitäten liegen auch bei öffentlichen Gütern wie Hochwasserschutz vor. Davon profitieren alle, aber keiner will den Deich (allein) bezahlen. Also stellt der Staat den Deich ans Meer – auf Kosten aller Steuerzahlenden, eine Art Zwangsbeglückung. Nachfrage und Zahlungsbereitschaft aber sind aus gesellschaftlicher Sicht geringer als wünschenswert. Das ist auch bei Impfungen der Fall. Einzelpersonen bewerten oft nur ihren eigenen Nutzen, nicht aber den der Gesellschaft. Schließlich schützt eine Impfung nicht nur die Geimpften, sondern auch andere vor Ansteckung.

Die große Streitfrage lautet nun: Haben wir es weiterhin mit dieser Art des klassischen Marktversagens zu tun? Auch der sogenannte Neoliberalismus, der stets betont hat, dass Märkte fast immer bessere Ergebnisse und damit mehr Wohlstand produzieren, als es der Staat jemals könnte, erkennt Marktversagen an. Neoliberale betrachten Monopole, externe Effekte und öffentliche Güter aber als Sonderfälle. Ergo müsse man den Staat zurückdrängen und die Märkte im Zweifel so frei wie möglich wirken lassen. Im neuen Paradigma von Big Government ►►


9,0 Mrd. €

03/20-06/22

Wirtschaftsstabilisierungsfonds

Förderart: stille Beteiligung und Darlehen

Antragsberechtigte: kleine und mittlere (KMU)/große Unternehmen

Gesamtauszahlung: 9,0 Milliarden Euro

Der Wirtschaftsstabilisierungsfonds unterstützte 25 große Unternehmen zwischen März 2020 und Juni 2022 mit stillen Beteiligungen und Nachrangdarlehen, wenn die anderen Hilfen nicht ausreichten. Sie sollten liquide bleiben, weil ihr Marktaustritt hohe Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Folgen bedeutet hätte. Am meisten bekamen die Airline Lufthansa (5,85 Milliarden Euro), der Tourismuskonzern TUI (1,24 Milliarden Euro) und Galeria Karstadt Kaufhof (0,68 Milliarden Euro).


58,8 Mrd. €

03/20-06/22

KfW-Sonderprogramm

Förderart: vergünstigter Kredit

Antragsberechtigte: Unternehmen aller Größen und Branchen

Gesamtauszahlung: 58,8 Milliarden Euro

Das KfW-Sonderprogramm erleichterte ab März 2020 den Zugang zu Krediten. Die Förderbank vereinfachte das Antragsverfahren, senkte die Hürden für eine Kreditvergabe und verbesserte die Zinskonditionen. Auch bei diesem Hilfsprogramm ging es primär darum, Unternehmen liquide zu halten, um Pleiten zu verhindern. Bislang sind nur 0,5 Prozent der Kredite ausgefallen – die Darlehensnehmer können die Raten also nicht mehr zahlen.

dagegen ist Marktversagen der Normalfall. Der Markt versagt demnach öfter als gedacht. Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) etwa sagt: »Der Staat ist die letzte Instanz, wenn es darauf ankommt. Der Markt kann in entscheidenden Bereichen nicht mehr allein funktionieren.«

Marktkritiker:innen meinen damit etwa die aus dem Ruder gelaufenen, globalen Kapitalmärkte, deren Hochfrequenzhandel und undurchschaubare Finanzderivate im Jahr 2008 fast zu einem weltweiten Zusammenbruch des Bankwesens geführt hätten. Sie meinen Elektromobilität und erneuerbare Energien, auf die das einzelne Unternehmen nicht ohne weiteres umsteigen würde, weil Klimaschutz nämlich ein öffentliches Gut ist. Und sie meinen natürlich die Coronapandemie, in der Staaten weltweit mit enormen Summen Unternehmen am Leben gehalten haben. Schon im April 2020 erklärte Fratzscher in einem Interview mit der Deutschen Presseagentur: »Ich würde sagen, dass die Coronakrise so etwas wie der letzte Sargnagel für den Neoliberalismus ist.«

Nun ist dem Neoliberalismus schon häufig sein Ende prophezeit worden. Doch jetzt haben diejenigen Oberwasser, die sich den Staat als Unternehmer wünschen, als strengen Regulierer, Investor und Kreditgeber – und dafür auch hohe Schulden in Kauf nehmen. Der britische *The Economist* brachte es im März 2020 auf

den Punkt, worum Marktfans- und Kritiker streiten: »Big Government ist nötig, um die Pandemie zu bekämpfen«, gab das eher marktliberale Wirtschaftsmagazin zu, folgerte dann aber spitz: »Jetzt kommt es darauf an, wie sich der Staat danach wieder zurückzieht.«

Der Staat als Krisenretter?

Mariana Mazzucato vom University College London, eine Art Frontfrau des neuen ökonomischen Denkens, gehört zu denen, die wollen, dass er bleibt. Ökonom:innen wie sie bezweifeln, dass alle wirtschaftswissenschaftlichen Modelle, in denen Angebot und Nachfrage eine Rolle spielen, den Realitäten und Herausforderungen durch den Klimawandel gerecht werden. Sie fordern eine ganzheitliche Wirtschaftspolitik – ohne die aus ihrer Sicht künstliche Trennung von Staat auf der einen und Markt auf der anderen Seite. Es gehe vielmehr darum, die Menschen zuverlässig mit dem Lebensnotwendigen zu versorgen, ohne den Planeten dabei gänzlich zu zerstören. Mit dem Markt allein, so das Argument, sei das nicht zu schaffen. Mazzucato dekliniert an vielen Beispielen durch, wie wichtig der Staat schon immer für Innovationen und Wohlstand gewesen sei.

Im zweiten Coronajahr ist ihr Buch »Mission: Auf dem Weg zu einer neuen Wirtschaft« erschienen, in



»Jetzt kommt es darauf an, wie der Staat sich nach der Pandemie wieder zurückzieht.«

Magazin »The Economist«, März 2020

dem sie postuliert: Insbesondere um Menschheitsprobleme wie den Klimawandel zu stoppen, wird es nicht ohne gewaltige Staatseingriffe gehen. Sie setzt sich für eine »Ordnungspolitik der sichtbaren Hand« ein – in Abgrenzung zur »unsichtbaren Hand« des Marktes, der klassischen Metapher des britischen Moralphilosophen Adam Smith, der als Gründervater der Wirtschaftswissenschaft gilt. »Es geht um einen Staat, der in begründeten Fällen auch einmal richtungweisende Investitionen anstößt«, argumentiert Mazzucato. So soll eine neue Art von Wachstum und Wohlfahrt entstehen, die nachhaltig ist. Oder zumindest das, was staatliche Akteure als »nachhaltig« definieren.

Regierungen schaffen Probleme

Wenn die Wirtschaftswissenschaft kennt auch das sogenannte Staatsversagen. Politikerinnen und Politiker, die gewählt werden wollen, definieren womöglich als nachhaltig, was eigentlich lediglich ihrer eigenen Klientel nützen soll. Staatsdiener:innen verfolgen ihre ganz eigenen Interessen und könnten Regierungsinstitutionen für das Verfolgen ihrer eigenen Interessen missbrauchen. Vertreter:innen der »Neuen Politischen Ökonomie« halten Staatseingriffe deshalb für regelrecht gefährlich. Doch auch ohne böse Absicht können solche Interventionen schiefgehen. ➡



42,0 Mrd. €

04/20-06/23

Erleichtertes Kurzarbeitergeld

Förderart: Zuschuss

Antragsberechtigte: Unternehmen mit min. 10 Prozent Arbeitsausfall

Auszahlung pro Person: mindestens 60 Prozent des Nettolohns

Gesamtauszahlung: 42,0 Milliarden Euro

Das Kurzarbeitergeld gab es schon vor der Coronapandemie. In einer Auftragsflaute zahlt die Bundesagentur für Arbeit 60 Prozent des Netto-Entgelts der Beschäftigten, die Sozialversicherungsbeiträge reduzieren sich um 20 Prozent, die maximale Bezugsdauer verlängert sich von 12 auf 28 Monate. Die Ausnahme wurde mehrmals verlängert, zuletzt aufgrund der Ukraine-Krise. Allein coronabedingt wurden rund 42 Milliarden Euro Kurzarbeitergeld ausgezahlt.



13,3 Mrd. €

03/20-05/20

Soforthilfe

Förderart: Zuschuss

Antragsberechtigte: Soloselbstständige, kleine Unternehmen, Freiberufler:innen und Landwirt:innen

Auszahlung pro Person: 9.000 bis 15.000 Euro für die Betriebskosten, in manchen Bundesländern 2.500 bis 60.000 Euro

Gesamtauszahlung: 13,3 Milliarden Euro

Die Corona-Soforthilfe lief über die Bundesländer und war ein einmaliger Zuschuss für die Betriebskosten. Am Ende wurden nur 26,6 Prozent der Soforthilfen ausgezahlt – laut ifo Institut wegen der strengen Voraussetzungen.



Der Staat als Innovationstreiber

Sprachsteuerung

Kein Smartphone kommt heute ohne Sprachassistent aus. Den Anfang machte Apple im Jahr 2011 mit der Sprachassistentin Siri auf dem iPhone 4s. Apple landete damit einen großen Coup und schlug ein neues Kapitel in der Kommunikation zwischen Mensch und Maschine auf. Dabei ist Siri keine Eigenentwicklung von Apple. Die Sprachassistentin geht auf das staatlich geförderte US-Universitätsprojekt CALO zurück. Ziel von CALO war es, einen Büroassistenten für Militärs zu entwickeln. Später wurde daraus das mit staatlichem Wagniskapital gegründete Startup SIRI. Als 2007 das erste iPhone auf den Markt kam, erkannte das federführende Stanford Research Institute seine Chance, die Sprachassistentin in eine Smartphone-Anwendung zu transformieren. 2010 kaufte Apple das Startup, entwickelte Siri bis zu ihrer heutigen Form weiter und ebnete den Weg für Alexa, Google Nest und viele weitere.

Biotechnologie

Pharmaunternehmen rechtfertigen ihre hohen Medikamentenpreise oft mit hohen Ausgaben für Forschung und Entwicklung. Geforscht wird aber am liebsten an neuen Zusammensetzungen und Dosierungen statt neuen Wirkstoffen. Im Jahr 2019 wurden in Deutschland zum Beispiel 38 neue Variationen bekannter Medikamente und nur 25 neue Medikamente zugelassen. Denn die Entwicklung neuer Wirkstoffe ist besonders teuer, die Absatzchancen und der erzielbare Preis unsicher. Das kann dazu führen, dass weniger an neuen Wirkstoffen geforscht wird. Diese Unsicherheit kann der Staat als Investor mindern – wie zum Beispiel während der Coronapandemie. Die Bundesrepublik hat Biontech Fördermittel in Höhe von 375 Millionen Euro bereitgestellt. Für 300 Millionen Euro kaufte sich der deutsche Staat außerdem über die staatseigene Förderbank KfW bei Curevac ein und erwarb mehr als 20 Prozent des Unternehmens.

Beamte sind halt keine Unternehmer:innen. Sie verlieren keine Rendite, wenn sie überteuert einkaufen, sie gehen nicht pleite, wenn sie eine falsche Entscheidung treffen. Staatliche Eingriffe ins Wirtschaftsleben führen deshalb immer wieder zu Ineffizienzen.

Wenn der Staat also im Sinne der großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts investiert, dann soll er aus Sicht von Marktfans den Fokus auf anerkannte Fälle von Marktversagen legen: auf öffentliche Güter wie Bildung und Forschung zum Beispiel oder die Externalität Klimaerwärmung – also darauf, Leistungen zu organisieren, bei denen ein Markt mit vielen Konkurrenten nicht die effizienteste Lösung hervorbringt. Bei Eisenbahntrassen, Autobahnen oder Breitbandnetzen sprechen Wirtschaftswissenschaftler von »natürlichen« Monopolen. Es wäre eine Verschwendung von Ressourcen, wenn es zum Beispiel fünf konkurrierende Strecken für Hochgeschwindigkeitszüge zwischen Hamburg und Berlin gäbe. Eine genügt. Oder der Staat soll sich darauf beschränken, die sozialen Folgen der Umbrüche abzufedern, sich aber ansonsten heraushalten.

Wenn die Coronahilfen eine Art Generalprobe für Big Government waren, dann lautet die entscheidende Frage: Haben sie sich bewährt? Aus Sicht der Wirtschaftswissenschaften ist das nicht leicht zu beantworten, denn die Pandemie war ein Sonderfall. Erst die gleichfalls staatlich veranlassten Lockdowns ließen die Lieferketten

reißen, führten dazu, dass Verbraucher:innen kein Geld mehr ausgaben und Unternehmen nicht mehr investierten. In gewisser Hinsicht handelte es sich also um ein staatlich herbeigeführtes Marktversagen. Und: Nicht nur die Nachfrage brach ein, weil die Menschen nicht mehr shoppen gingen oder in den Urlaub fuhren, sondern vor allem das Angebot kollabierte – ganze Branchen produzierten nicht mehr.

Nun kennt die klassische Logik staatlicher Wirtschaftspolitik zwei Ansätze, die normalerweise nicht zusammengehen. Die Politik kann entweder die Nachfrage stützen oder das Angebot. Sie kann also dafür sorgen, dass Verbraucherinnen und Verbraucher mehr Geld in der Tasche haben – wie in der Pandemie mit der Mehrwertsteuersenkung. Die Menschen konsumieren mehr, das führt zu Investitionen und sichert Arbeitsplätze. Oder die Politik arbeitet angebotsorientiert, erleichtert die Bedingungen für Unternehmen. In diese Kategorie fallen die Corona-Zuschüsse und Hilfskredite für Unternehmen. Angebotsorientierte Politik setzt ansonsten eher darauf, Vorschriften zu vereinfachen oder Steuern zu senken. So sollen die Gewinne steigen, soll sich Unternehmertum wieder lohnen.

Justus Haucap, Direktor des Düsseldorfer Instituts für Wettbewerbsökonomie, hat speziell den Fall Lufthansa analysiert. Er folgert, dass bei einer Insol-

venz oder gar dem Konkurs der Lufthansa »ein prinzipiell profitables Unternehmen« aus dem Markt gegangen wäre, was aus seiner Sicht nicht sinnvoll sein könne. Allerdings hätten sich womöglich auch andere, nicht-staatliche Geldgeber finden lassen, die einspringen. Wäre die Lufthansa verschwunden, hätte es schwierig werden können, nach der Pandemie eine neue, nationale Fluglinie aufzubauen. In jedem Fall hat man für die Rettung einige Risiken in Kauf genommen: die Gefahr von Staatsversagen etwa und von Wettbewerbsverzerrungen, unter anderem deswegen, weil die Regierung das Unternehmen, das ihr nun zum Teil gehört, gleichzeitig beaufsichtigt, oder weil der Staat einen Teil des normalen unternehmerischen Risikos übernimmt. Denn Risiken sollte der Markt tragen können – dazu gehört auch das Risiko einer Krise.

Coronahilfen waren asymmetrisch

Das eigentliche Problem war aus Sicht vieler Ökonom:innen ein systematisches. Denn während Großkonzerne maßgeschneiderte Hilfspakete erhielten, mussten sich Mittelständler und Selbständige durch komplizierte standardisierte und oft unpassende Antragsverfahren kämpfen, kamen oft erst mit Verzögerung an die Mittel, weil die Behörden

überfordert waren: Programme wie die Soforthilfe im ersten Lockdown 2020 waren brandneu, die Sachbearbeiter:innen von jetzt auf gleich mit Abertausenden von Anträgen konfrontiert.

Ökonom:innen des DIW haben im März 2021 rund 20.000 Selbstständige gefragt, wie stark ihre Umsätze im Frühjahr 2020 eingebrochen sind und inwiefern die Soforthilfe das abfedern konnte. Ergebnis: Die Soforthilfe half tatsächlich, aber vor allem dann, wenn sie schnell kam. Nur bei »rascher Gewährung innerhalb von fünf Tagen« erhöhte sich die Wahrscheinlichkeit signifikant, selbstständig zu bleiben, so klingt das in der statistischen Auswertung der Studie. Wer sein Geld erst später bekam – bei etwa der Hälfte der Selbstständigen dauerte es länger als fünf Tage –, der gab häufiger auf.

Die Wirtschaftswissenschaft spricht von Informationsasymmetrien, wenn jemand mehr weiß als der andere und letzterer dadurch einen Nachteil hat. Es gibt Indizien, dass bestimmte Gruppen von Selbstständigen bei den Anträgen auf Coronahilfen unter diesem Phänomen zu leiden hatten. Die »ReCOVery«-Studie des Instituts für Arbeit und Technik (IAT) hat ergeben: Unternehmerinnen und Unternehmer mit Migrationshintergrund berichten häufiger über bürokratische Hürden, vor allem weil sie Probleme mit der Sprache hatten. Zudem war für einen Teil der Coronahilfe Steuerberatung notwendig: ►►

 **2,7** Mrd. €

01/21-06/22

Neustarthilfen

Förderart: Zuschuss

Antragsberechtigte: Soloselbstständige, Kapitalgesellschaften, Genossenschaften, nicht ständig Beschäftigte sowie befristete Angestellte in den darstellenden Künsten

Auszahlung pro Person: 7.500 bis 30.000 Euro

Gesamtauszahlung: 2,7 Milliarden Euro

Die Neustarthilfe richtete sich an Soloselbstständige mit geringen Betriebskosten, die durch die Pandemie in eine Notlage geraten waren. Sie orientierte sich am Umsatzausfall und nicht an den Fixkosten. Bei Umsatzeinbußen von weniger als 60 Prozent im Vergleich zum Referenzquartal des Jahres 2019 mussten sie die Zuschüsse zurückzahlen.

 **13,8** Mrd. €

11/20-12/20

November- und Dezemberhilfe

Förderart: Zuschuss

Antragsberechtigte: Unternehmen, Selbstständige und Vereine, die von den Schließungen ab 2. November 2020 zur Bekämpfung der Coronapandemie betroffen waren

Auszahlung: bis zu 75 Prozent des Vergleichsumsatzes

Gesamtauszahlung: 13,8 Milliarden Euro

Die November- und Dezemberhilfe orientierte sich anders als die Überbrückungshilfe am Umsatzausfall. Das Geld wurde als Zuschuss gezahlt, betroffene Unternehmen mussten also nichts davon zurückzahlen, sofern ihre tatsächlichen Umsätze dann nicht 20 Prozent der Vergleichsumsätze aus dem Jahr 2019 überstiegen.

»Dies erweist sich gerade für Soloselbstständige und Kleinunternehmer:innen, die an sich keine:n Steuerberater:in benötigen und deswegen auch keine:n haben, als problematisch, weil die Steuerberater:innen stark ausgelastet sind und in dieser Zeit keine neuen Mandant:innen annehmen.«

Selbst Soloselbstständige mit Steuerberatung hatten Probleme, erklärt der Präsident der Bundessteuerberaterkammer, Hartmut Schwab. Sie fielen durchs Raster, weil sie keine Kosten für Büros, Geschäftsräume oder einen Fuhrpark vorweisen konnten – doch das war die Bemessungsgrundlage der Hilfen: »Zu meinen Mandanten gehören Schauspieler, Synchronsprecher und Musiker von Bands, die keine Auftritte mehr haben«, erklärte Schwab im November 2021. »Die müssen sich jetzt alle anstellen beim Sozialamt. Ich glaube nicht, dass ein Beamter weiß, was das für die bedeutet.«

Die Rettung war teuer

Der Blick in die ökonomische Forschung zum Erfolg der Coronahilfen ergibt jedenfalls ein gemischtes Bild. Zum einen war der Schutzschirm ziemlich teuer, hat Friedrich Heinemann vom Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) im Auftrag des EU-Parlaments ausgerechnet: Die angekündigten

Staatshilfen waren stattliche zehnmal so hoch wie der Verlust beim Bruttoinlandsprodukt – wobei ein Teil des Effekts endogen sein dürfte, wie Ökonom:innen es ausdrücken: Weil die Hilfen so enorm waren, fiel der Wachstumseinbruch im Vergleich klein aus. Zum anderen steht der Vorwurf im Raum, dass Deutschland dabei Geschäftsmodelle geschützt hat, die auf Dauer nicht überlebensfähig sein werden. In einem Konjunkturunbruch müsste die Zahl der Pleiten eigentlich in die Höhe schießen. Eine andere ZEW-Studie zeigt aber im Gegenteil, dass ausgerechnet in den von der Pandemie besonders betroffenen Branchen weniger als halb so viele Unternehmen Insolvenz angemeldet haben, als es in normalen Jahren der Fall gewesen wäre. Das ZEW geht von einem Rückstau von ungefähr 25.000 Pleiten aus, die Deutschland in den kommenden Jahren erst noch bevorstehen.

Unternehmen, die eigentlich keinen Platz mehr auf dem Markt haben, nennt die Wirtschaftswissenschaft »Zombie-Unternehmen«. Sie werden mit Staatsgeld am Leben gehalten, obwohl sie eigentlich schon tot sind. In der Pandemie waren das vor allem Unternehmen aus den unmittelbar betroffenen Branchen wie dem Einzelhandel, dem Gastgewerbe oder dem Reisesektor. Unternehmen, von denen auch ohne Lockdown einige in existenzielle Krisen geraten wären, bekamen durch die Coronahilfen demnach eine letzte, ineffiziente Gnadenfrist.



42,2 Mrd. €

07/20-06/22

Überbrückungshilfen I bis IV

Förderart: Zuschuss

Antragsberechtigte: Unternehmen, Selbstständige, Vereine und gemeinnützige Einrichtungen

Auszahlung pro Person oder Unternehmen: 30-100 Prozent der Fixkosten

Gesamtauszahlung: 42,2 Milliarden Euro

Die bundeseinheitlichen Überbrückungshilfen waren nicht rückzahlbare Zuschüsse für die betrieblichen Fixkosten. Der zu erwartende Umsatz musste im Vergleich zum Vorjahresmonat um einen bestimmten Wert eingebrochen sein. Mit der Zeit erweiterte die Regierung den Begriff förderfähige Fixkosten und senkte die Untergrenzen.



20,0 Mrd. €

07/20-12/20

Mehrwertsteuersenkung

Förderart: Steuersenkung

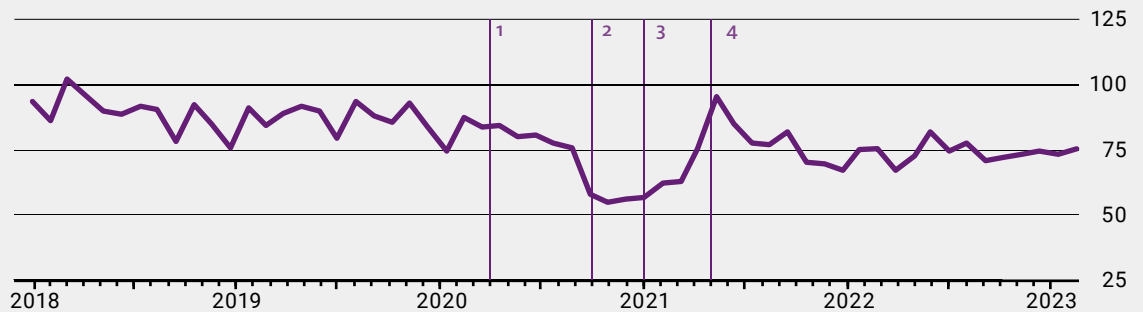
Gesamtkosten: 20 Milliarden Euro

Vom 1. Juli bis zum 31. Dezember 2020 senkte die Bundesregierung die Mehrwertsteuer. Für reguläre Güter fiel der Steuersatz von 19 auf 16 Prozent, bei ermäßigten von 7 auf 5 Prozent. Damit wollte die Bundesregierung die Konjunktur ankurbeln. Ziel war es, dass die Bürgerinnen und Bürger mögliche Kaufentscheidungen trotz Krise im Jahr 2020 trafen und sie nicht ins nächste oder übernächste Jahr schoben, um dem Nachfragerückgang entgegenzuwirken.



Medizin? Oder Doping?

In der Pandemie sank die Zahl der Pleiten weit unter Normalmaß – auch 2022 ist das Niveau weiter niedrig. Eine Frage bleibt also: Hat die Aussetzung der Insolvenzantragspflicht Unternehmen geheilt oder nur künstlich am Leben erhalten?



Insolvenzantragspflicht ausgesetzt: 1 für pandemiebedingte Insolvenzen. 2 bei Überschuldung. 3 bei ausstehenden Corona-Hilfszahlungen. 4 Wiedereinsetzung Insolvenzantragspflicht. Beantragte Regelinsolvenzen, 2015 = 100 Prozent

Quelle: Statistisches Bundesamt, 2023

»Die Überbrückungshilfen in Deutschland waren insgesamt ein Erfolg«

Leo Kaas, Goethe-Universität Frankfurt a.M.



Leo Kaas, Wirtschaftswissenschaftler an der Goethe-Universität Frankfurt, der zu diesem Thema forscht, sieht das Problem. Er hält die Überbrückungshilfen in Deutschland insgesamt dennoch für einen Erfolg, weil sie eben verhältnismäßig zielgerichtet waren. Anders als etwa in den USA, wie eine Studie von Kaas zeigt. »Die ungezielte Politik dort hat letztlich auch Unternehmen gerettet, die wenig produktiv waren oder es gar nicht benötigt hätten«, sagt Kaas.

Klar ist: Die Coronahilfen dürften die Wirtschaft allein schon wegen ihrer schieren finanziellen Wucht enorm beeinflusst haben. Ob zum Guten oder zum Schlechten, das steht noch nicht wirklich fest. Derweil hat der russische Angriff auf die Ukraine Europas Wirtschaft bereits den nächsten Schock beschert. Die Inflation galoppiert, Energie wird knapp und die Politik reagiert wieder mit dem ganz großen wirtschaftspolitischen Besteck: mit Neun-Euro-Tickets, Energiekostenzuschüssen, dem Einstieg beim Gasversorger Uniper. Big Government bleibt als pragmatischer Krisenmanager eindeutig gefragt. Die Befürworter:innen eines starken Staates dürften sich bestätigt fühlen, die Warnungen marktlich orientierter Wirtschaftswissenschaftler:innen prallen an den Sachzwängen ab. Fürs Erste zumindest. Denn wie sich all das langfristig auswirkt, kann heute noch niemand wirklich sagen.



Case Study:

»Wir sind sehr verunsichert, wo die Reise noch hingeht.«

Bernd Schulze hat mit seinem Kaffeefachgeschäft in der Stadt Mönchengladbach alle Corona-Phasen durchgemacht. Besonders die zwischenzeitlichen Lieferengpässe haben ihn hart getroffen. Jetzt machen ihm Ukraine-Krieg und Energiekrise das Leben schwer.*

Bernd Schulze* hat seit mehr als zwanzig Jahren mit Kaffeemaschinen zu tun: in der Gastronomie, dann bei einem Küchengeräte-Hersteller. 2011 eröffnet er sein eigenes Fachgeschäft. Er verkauft Kaffeebohnen und -pulver, dazu hochwertige Vollautomaten und Siebträger-Maschinen – mit Reparaturservice. Er beschäftigt drei Festangestellte und zwei Aushilfen. Häufig steht der 60-Jährige selbst hinter der Ladentheke. Dass vor allem Privatpersonen seinen Laden besuchen, erwies sich während Corona als großes Glück.

März 2020: Probleme beim Antrag

»Aus Selbstschutz« macht Schulze den Laden freiwillig mehrere Tage vor dem bundesweit verordneten Lockdown zu. »Mir war die Situation zu brenzlich. Die Infektionszahlen wurden immer schlimmer und wir wussten überhaupt nicht, was noch auf uns zukommt.«

Es ist von schnellen, unbürokratischen Hilfen die Rede. »Wir wollten die Soforthilfe natürlich direkt Ende März beantragen«, sagt der Unternehmer. »Allerdings war das Formular erstmal zwei bis drei Wochen nicht online verfügbar.« Das Problem: Er soll die Zahl

der Mitarbeitenden auf Basis der unterschiedlichen Beschäftigungsverhältnisse angeben. Teilzeitkräfte werden mit einem anderen Faktor gerechnet. Da in dem Formular aber keine Nachkommastellen möglich sind, trägt er fünf Angestellte ein: für damals drei Festangestellte, drei Aushilfen und sich selbst.

Eine Rückmeldung kommt nicht, die Soforthilfestelle telefonisch zu erreichen, entpuppt sich als unmöglich. Bernd Schulze unternimmt mehrere Anläufe per Email. Nach fast 14 Tagen erfährt er, was schiefgelaufen ist. »Berechnet man unsere Mitarbeiter nach der Art der Beschäftigung, ergibt sich eine ungerade Zahl größer als fünf. Das konnte ich in dem Formular aber so gar nicht eintragen«, sagt der Ladenbesitzer. Der Sachverhalt lässt sich telefonisch klären.

April 2020: Das Geld kommt

Anschließend geht es schnell. Bernd Schulze erhält 15.000 Euro Soforthilfe, beantragt Kurzarbeit für seine Mitarbeiter:innen für die Monate Mai, Juni und Juli. Insgesamt 3.700 Euro inklusive Sozialversicherungsbeiträge zahlt die Bundesagentur für Arbeit ihm aus. Obwohl seine Einnahmen im April, Juni und September 2020 bis zu 50 Prozent unter dem normalen Niveau liegen, lässt Schulze die Soforthilfe zunächst unangetastet. Für den Fall, dass er sie zurückzahlen muss.

Sommer 2020: Das Geschäft läuft

Viele gastronomische Betriebe bleiben geschlossen oder haben ihren Betrieb stark eingeschränkt. Die Nachfrage in Bernd Schulzes Fachgeschäft leidet kaum. »Die meisten Menschen haben in der Zeit von zu Hause gearbeitet und sind weniger nach draußen gegangen. Kaffee wollten sie trotzdem trinken«, sagt er. Zwar ist auch in seinem Laden kein Ausschank mehr möglich, die Kunden kaufen



jedoch weiter Bohnen für ihre eigenen Kaffeemaschinen. »Wir hatten viele Bestellungen per Telefon und der Ladentür-Verkauf hat auch gut funktioniert.« Der Jahresumsatz von 825.000 Euro liegt 2020 sogar knapp drei Prozent über dem Durchschnitt der Vorjahre.

Winter 2020: Nachfrage stabil

Am 16. Dezember beginnt der zweite Lockdown. In Nordrhein-Westfalen bleibt der Einzelhandel bis zum

8. März 2021 geschlossen. Bernd Schulze setzt sich sofort mit dem städtischen Ordnungsamt in Verbindung. Ergebnis: Er darf seinen Laden offenlassen, weil Kaffee als Lebensmittel deklariert ist, wenn Kund:innen das Geschäft einzeln und mit Maske betreten. Der hintere Ladenteil mit den Kaffeemaschinen bleibt gesperrt. Die Einnahmen sind stabil. Er muss keinen Antrag auf Überbrückungshilfe stellen.

Sommer 2021: Erste Spätfolgen

Mit der »Neuen Normalität« kommt das nächste Problem. »2021 waren die Lieferverzögerungen ganz extrem«, sagt Schulze. »Das hat bei uns zum größten Umsatzeinbruch geführt.« Ersatzteile, Kaffeebohnen und -maschinen kommen nicht rechtzeitig an. Manchmal wartet Schulze fünf Monate. »Die Nachfrage war nach wie vor da, aber wir konnten den Bedarf zu der Zeit nicht decken.« Im Jahr 2021 verzeichnet das Fachgeschäft den schwächsten Umsatz der ganzen Coronazeit. Mit 760.000 Euro liegt er am Ende des Jahres fast acht Prozent unter dem Vorjahr. Die nordrhein-westfälische Förderbank fordert dann auch noch die Rückzahlung seines Sicherheitspolsters, also der Soforthilfe. Bis Oktober 2022 hat Schulze dafür Zeit.

Anfang 2022: Die Krise dauert an

Bernd Schulze berät sich mit seinem Steuerberater. Falls er einen entsprechenden Bedarf nachweisen kann, darf er Teile der Soforthilfe behalten. »Wenn man die ganzen Formulare als Otto-Normal-Verbraucher sieht, ist man ohne Hilfe eigentlich komplett überfordert.« Am Ende macht er 2.000 Euro Unternehmerlohn geltend. Die Rückzahlungssumme beträgt jetzt nur noch 13.000 Euro. »Die Bank hat die Frist nochmal auf Juni 2023 verschoben«, sagt Schulze. Das kommt gelegen, denn auch 2022 wird ein unberechenbares Geschäftsjahr.

Im Mai und Juni läuft der Verkauf schlecht. Schulze beantragt vorsichtshalber erneut Kurzarbeit bis Jahresende. Nach zwei Monaten stabilisiert sich das Geschäft, Verluste überbrückt er mit Rücklagen und dem Kontokorrentkredit. Dass er die Soforthilfe von 2020 immer noch nicht angetastet hat, dient ihm jetzt als zusätzliche Absicherung. Woran der Nachfragerückgang lag, kann Schulze nicht genau sagen. Er tippt auf die Energiekrise und darauf, dass viele Menschen nach mehr als zwei Jahren Pandemie lieber Urlaub machen wollten. —●●



Generation Lockdown



Text: JAN-MARTIN WIARDA

Bis zu 85 Tage lang waren Deutschlands Schulen in der Pandemie komplett geschlossen. Damit fehlten aus Sicht von Bildungsökonom:innen wichtige Inputs, wie sie Investitionen ins Humankapital nennen – mit gravierenden Folgen für die späteren Berufs- und Einkommenschancen der betroffenen Schülerinnen- und Schülergeneration. »»



Schüler:innen wurden im Lockdown lange Zeit isoliert. Doppelt so viele Kinder sind seitdem psychisch belastet.



Am Anfang, sagt Lilli Schuller (15), habe sie den Lockdown genossen. Damals, Mitte März 2020, als von einem Tag auf den anderen die Schule dichtmachte. »Die Zeit zu Hause, das Lernen ohne Druck und ohne ständig von anderen abgelenkt zu werden.« Doch die Zeit verstrich, die Osterferien begannen, und als sie zu Ende gingen, war die Schule immer noch zu. Die Unsicherheit wuchs. Wie lange würde sich das noch hinziehen? »Jeden Tag ist es mir ein bisschen schwerer gefallen, mich allein zu motivieren. Und ich merkte, wie mir meine Schulkameraden fehlten.« Zweieinhalb Jahre später steht Lilli, inzwischen 17 Jahre alt, Schülerin des Heinz-Berggruen-Gymnasiums in Berlin-Charlottenburg, kurz vor dem Abitur. Manchmal fragt sie sich, wie groß die Lernlücken wohl sind, die sie mit ins Leben nimmt.

Aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht ist eine Lernlücke so etwas wie eine fehlende Investition, die nun Lillis Bildungsrendite schmälert. Die Theorie des Humankapitals betrachtet Bildung nämlich als eine komplexe Gleichung mit verschiedenen Inputs und einem Output. Der wichtigste Input sind die Bildungsinhalte, die Schüler:innen und Studierende in Schulen und Universitäten vermittelt bekommen. Wissen und Fähigkeiten beeinflus-

sen die Produktivität von Menschen. Je nachdem, welchen Bildungshintergrund und welches Einkommen ihre Familien in die Gleichung einbringen, kann man positive Inputs addieren oder muss negative abziehen. Der Output, also das Ergebnis der Gleichung, ist vereinfacht gesagt das Einkommen, das ein Individuum dank seiner Ausbildung erzielen kann. Für die Volkswirtschaft als Ganzes ergibt sich aus dem aggregierten Humankapital aller Lernenden das potenzielle Wirtschaftswachstum. Ökonom:innen messen Humankapital auf verschiedene Weisen: nicht zuletzt jedoch anhand der Länge des Besuchs von Bildungseinrichtungen oder der Qualität der Lernzeit. Beides hat in der Coronapandemie schwer gelitten.

Die Schulschließungen hatten demnach nicht nur gravierende sozialpsychologische Folgen für Kinder und Jugendliche, wie der Deutsche Ethikrat betont. Laut der COPSY-Studie des Hamburger Universitätsklinikums Eppendorf hat sich der Anteil der Kinder, die psychisch belastet sind, in den Pandemie Jahren auf 30 Prozent verdoppelt. Aus ökonomischer Sicht ist beinahe genauso dramatisch, dass neben den persönlichen Perspektiven der einzelnen Schülerin und des einzelnen Schülers auch die ökonomische Entwicklung insgesamt leiden könnte. Fehlen Bildungsinputs, sinken in der Folge die Produktivität und damit das Wirtschaftswachstum. Gleichzeitig können immer mehr Menschen ohne Unterstützung des Staates ihren Lebensunterhalt nicht mehr bestreiten.

Wie groß der Lernverlust und damit die Auswirkungen auf das persönliche und gesellschaftliche Humankapital waren, hängt nun davon ab, wie erfolgreich der Distanzunterricht verlief. Die diesbezüglichen Erkenntnisse von Bildungsökonom:innen sind wenig ermutigend. Ludger Wößmann, Leiter des ifo Zentrums für Bildungsökonomik, bezeichnete die Bilanz deutscher Schulen unmittelbar nach dem ersten Lockdown im August 2020 als »verheerend«. Wößmann und seine Kolleg:innen hatten mehr als 1.000 Eltern von Schulkindern zu ihren Erfahrungen befragt. Das Ergebnis: Was die Kultusminister als »Fern- oder Hybridunterricht« bezeichneten, hat die tägliche Lernzeit der Kinder und Jugendlichen von 7,4 auf 3,6 Stunden halbiert.

Im zweiten Lockdown im Winter und Frühjahr 2020/21 wiederholten die Forscherinnen und Forscher die Befragung. Und obwohl diesmal ein Dreivierteljahr Zeit gewesen war, die Schulen technisch und didaktisch auf den Ausnahmezustand vorzubereiten, war das Er- ➤➤



BILDUNGSFAKTOREN UND IHR EINFLUSS



gebnis kaum besser. »In der Zeit der Schulschließungen konnten die Schüler deutlich weniger Humankapital akkumulieren«, so formuliert es Silke Anger vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Was das praktisch bedeutet, sieht Zwölfthklässlerin Lilli Schuller jeden Tag. Im Matheunterricht und in den Naturwissenschaften seien die Lücken schon sehr präsent. »Da sagen die Lehrer häufig: Ach, das wisst ihr nicht, das war wohl Stoff im Lockdown. Und wiederholen es nochmal.«

Dabei hat Lilli Schuller laut Silke Anger noch einen Vorteil. Sie war zur Zeit des ersten Lockdowns erst in der neunten Klasse, konnte also seitdem Stoff nachholen. Schüler:innen, die während der Pandemie ihren Abschluss machten, sagt Anger, hätten auch später nicht die Gelegenheit gehabt, den fehlenden Stoff nachzuholen. Das senke ihre Einkommens- und Karriereausichten nachhaltig. Wößmann und seine Kolleg:innen warnten schon nach dem ersten Lockdown 2020: Wenn wegen der Schulschließungen die Kompetenzentwicklung von einem Drittel Schuljahr ausbleibt, kann das spätere Erwerbseinkommen um drei bis vier Prozent sinken. Weitere Schulschließungen mit fehlender Kompetenzentwicklung folgten danach erst noch.

Aus der Pädagogik regt sich Widerspruch: »Wenn ich mir manche Rechnungen anschau, sind die so überdramatisiert, dass mich nicht gewundert hätte, wenn nach einem Jahr Schulschließung ein negatives Lebens-einkommen herausgekommen wäre«, sagt der Pädagoge Menno Baumann im Gespräch mit der Bildungsökonomin Kerstin Schneider (Seite 28). Die hält dagegen: »Natürlich sollte man die Berechnungen nicht als exakte Angabe verstehen, sondern als grundsätzliche Aussage: Die Effekte der Schulschließungen könnten erheblich sein.«

»Könnten« ist in dem Zusammenhang wichtig, denn natürlich ist das Schicksal der Schüler:innen mit dem Ende von Lockdown und Schulschließungen keineswegs besiegelt. Spezielle Fördermaßnahmen in und außerhalb der Schulen könnten die Lernlücken füllen und so auch die negativen Auswirkungen auf das Humankapital begrenzen. Ohne solche Förderung droht jedoch ein Kaskadeneffekt: Weil ihnen wichtige Grundlagen fehlen, dürften sich viele Kinder und Jugendliche noch Jahre später schwerer tun, neues Wissen zu erwerben. Es handelt sich bei den Warnungen der Bildungsökonominnen also auch um ein mögliches Präventionsparadoxon: Reagiert die Bildungspolitik angemessen, bleiben die langfristigen Effekte der Schulschließungen aufs Humankapital möglicherweise aus.

Die noch von der alten Bundesregierung gestartete Initiative »Aufholen nach Corona« hat indes von Bildungsforschenden keine guten Noten bekommen. Zwei Milliarden Euro wurden bereitgestellt. Doch schon vor dem Start des Aufholprogramms im Sommer 2021 hatte die Ständige Wissenschaftliche Kommission der Kultusministerkonferenz (SWK) kritisiert, die Vielzahl der angekündigten Hilfsprojekte folgte keiner klaren Strategie, die Bundesländer sollten »das wenige Geld, das da ist, auf diejenigen Kinder und Jugendlichen konzentrieren, die es wirklich brauchen«, wie der SWK-Vorsitzende Olaf Köller sagte. Doch die meisten Kultusministerien bevorzugten das Prinzip Gießkanne.

Die Forscher um Wößmann haben eine enorme Spreizung der Lernzeit im Lockdown beobachtet. Sie deutet darauf hin, dass die Frage, wieviel Schüler in der Pandemie gelernt haben, stark von ihren persönlichen Eigenschaften, vor allem aber von ihrem sozialen Umfeld abhängt. Das ist der Punkt, an dem Bildung nicht mehr Input ist für spätere Outputs wie Lebens-einkommen oder gesellschaftlichen Wohlstand. Sondern selbst zum Out-



put wird, zum Ergebnis von Inputs wie der individuellen Begabung oder der Unterstützung durch die Eltern sowie dem Engagement der einzelnen Lehrkräfte und Ausstattung oder Organisation der Schule.

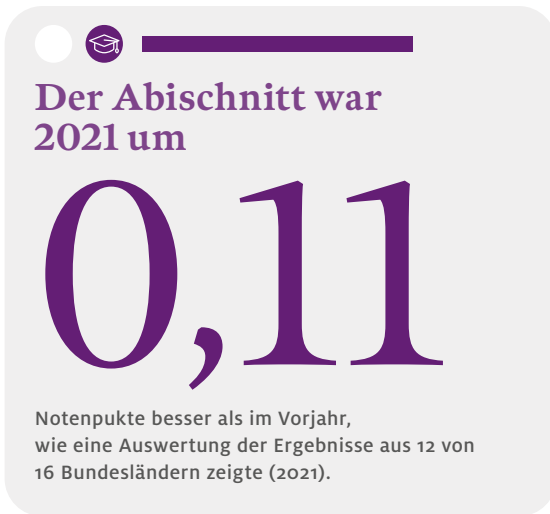
Für die Charlottenburger Gymnasiastin Lilli Schuller etwa lief das Distanzlernen im zweiten Lockdown schon deutlich besser. »Im Frühjahr 2020 bekamen wir nur schriftliche Aufgaben zugeschickt, im darauffolgenden Winter hatten wir dann jeden Tag eine Videokonferenz.« Sehr hilfreich sei der engagierte Förderverein gewesen, der die Schultechnik auf Vordermann gebracht habe. »Bildungsnahen Elternhäusern ist es gelungen, den Verlust an Bildung in der Pandemie möglichst gering zu halten«, sagt Matthias Sutter, Verhaltensökonom und Direktor am Max-Planck-Institut zur Erforschung von Gemeinschaftsgütern in Bonn. »Da geht es um viel mehr als die bloße Unterstützung beim Integralrechnen. Es geht um den vorhandenen Platz zu Hause, die finanzielle Unterstützung der Schulen, an denen die eigenen Kinder lernen, um den Zugriff auf Computer, wenn mehrere Kinder gleichzeitig in Distanz lernen müssen.«

Für viele Schüler:innen aus bildungsnahen Elternhäusern gab es letztlich keine Auswirkungen auf das Humankapital, denn sie konnten den Ausfall von Unterricht durch genug Input ihres Umfelds kompensieren. Bei sozial Benachteiligten sieht das jedoch anders aus. Sie hatten weniger Unterstützung. Welche Folgen das hat, zeigen erste Indizien von den Universitäten: Studierende aus Nicht-Akademiker-Haushalten haben im Sommersemester 2020 häufiger ihren Nebenjob verloren im Vergleich zu Studierenden aus Akademiker-Haushalten, die öfter fachnahen Nebenjobs nachgehen. Außerdem wurden weniger Studierende finanziell von ihren Eltern unterstützt (60,2 % zu 66,7 %). Und: Studierende mit Darlehen oder Kredit bezogen monatlich 12,8 Prozent mehr Geld von der Bank als noch 2019, bauten also mehr Schulden auf. Zu diesem Ergebnis kommt eine Umfrage von Jobvalley, einer Plattform zur Jobvermittlung für Studierende. Den Studierenden fehlte es also nicht nur an Einkommen, sie verloren auch die Möglichkeit, Erfahrungen in der Arbeitswelt zu sammeln. Im schlimmsten Fall kann sich das später in niedrigeren Gehältern widerspiegeln. Oder Studierende aus Akademiker-Haushalten haben relativ gesehen noch bessere Chancen bei der Jobvergabe, weil sie auch in der Pandemie arbeiten konn-



ten. Doch auch unabhängig vom Einkommen der Eltern zeigen sich negative Trends an Deutschlands Universitäten. In einer Umfrage des Beratungsunternehmens EY unter Studierenden in Deutschland wird deutlich: Neun Prozent der Studierenden sagen im Oktober 2020, dass sie ihre Pläne aufgrund der Pandemie geändert haben und nun erst später ins Berufsleben starten wollen. Elf Prozent geben an, ihr Studium zu verlängern, um bessere Zeiten auf dem Arbeitsmarkt abzuwarten. Das heißt: Die Studierenden brauchten länger, um Humankapital zu erwerben, starteten später ins Berufsleben und haben ein geringeres Lebenseinkommen – wiederum mit Folgen auch für den gesamtgesellschaftlichen Wohlstand.

Weniger und qualitativ schwächerer Input ließ also Lernlücken entstehen und das offenbar vor allem bei sozial Benachteiligten. Und die deutschen Kultusminister? Senkten den Anspruch. In den Pandemie Jahren galten für Abschlussprüfungen, vor allem fürs Abitur, diverse Erleichterungen. Eine längere Bearbeitungszeit, mehr Auswahlmöglichkeiten bei den Aufgaben, vorher weniger Klassenarbeiten und Klausuren. Mit dem überraschenden Ergebnis, dass der Durchschnitt der Abiturnote 2021 einen Sprung nach oben machte: um 0,11 Noten- ➤



punkte auf 2,25, wie eine Auswertung der Ergebnisse aus 12 von 16 Bundesländern zeigte. »Da ist teilweise zu viel des Guten gemacht worden«, kommentierte der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, Heinz-Peter-Meidinger, im Redaktionsnetzwerk Deutschland. Im Ergebnis scheiden die Noten nun nicht nur als Gradmesser der Corona-Bildungsrendite aus. Es ergibt sich noch dazu die Frage, was der Notensprung am Ende nützt – wenn in der Öffentlichkeit der Eindruck entsteht, Schulabgängern und -gängerinnen sei es in der Pandemie allzu leicht gemacht worden mit den Prüfungen. Verbessert das ihre späteren Berufschancen? »Zum Schul- und Hochschulabschluss werden die meisten noch irgendwie gebracht«, sagt Verhaltensökonom Sutter. »Aber danach sind die jungen Leute auf sich allein gestellt.« Die soziale Kluft werde erst im Laufe der Jahre so richtig deutlich werden.

Gymnasiastin Lilli Schuler denkt derweil schon an die Zeit nach dem Abi. Sie weiß seit langem, dass sie Jura studieren möchte. »Trotzdem hat mich Corona nochmal innehalten und mich selbst fragen lassen, was ich von meinem Leben will.« Das immerhin bleibe ihr als positive Erfahrung aus der Pandemie: auch eine Art von Bildungsrendite. —●●

Pauken ist nicht alles. Die Lernzeit halbierte sich und doch fiel das Abitur im Pandemiejahr 2021 besser aus.





Interview: »Das war der reinste Schlingerkurs.«

Gestiegene soziale Ungleichheit, verlorenes Humankapital und keine Lehren aus dem Digitalunterricht. Die Bilanz von Bildungsökonomin Kerstin Schneider und Pädagoge Menno Baumann zur Bildungspolitik während der Pandemie ist verheerend.



Kerstin Schneider ist Bildungsökonomin und Professorin an der Universität Wuppertal. Menno Baumann ist Pädagoge und Professor an der Fliehdner Fachhochschule Düsseldorf. Beide sind im Fachgebiet Bildung tätig, beide beschäftigen sich vor allem damit, wie Kinder und Jugendliche lernen. Ihr jeweiliger Blick auf die Coronapandemie ist trotzdem ein ganz anderer. In einer Sache sind sie sich aber einig: So wie es gelaufen ist, war es alles andere als optimal.

Joachim Herz Stiftung: Frau Schneider, Sie sind Bildungsökonomin. Herr Baumann, Sie sind Pädagoge. Täuscht der Eindruck oder haben sich in der Debatte um Schulschließungen Bildungsökonom:innen tatsächlich häufiger geäußert?

Schneider: Das weiß ich nicht. Was ich sagen kann: Geschlossene Schulen sind durch und durch auch ein bildungsökonomisches Thema. Was bedeutet ein so plötzlicher und unvorhergesehener Wechsel zum Distanzunterricht für das Ziel, dass Schülerinnen und Schüler möglichst viel Humankapital aufbauen? Und lassen sich die negativen Folgen auf den Bildungserfolg kurzfristig verringern und mittel- oder langfristig sogar kompensieren?

Baumann: Das sind Fragen, zu denen Pädagogen extrem viel zu sagen haben sollten. Umso mehr teile ich den Eindruck und die Verwunderung, dass so auffällig wenige es getan haben. Diejenigen, die sich wirklich auskennen mit pädagogischen Prozessen und Didaktik, haben den Diskurs zu den Corona-Maßnahmen in den Schulen fast durchgängig Fachfremden überlassen.

Die Pandemie ist zunächst ausgestanden. Zeit für eine Zwischenbilanz. Frau Schneider, was haben die Schulschließungen mit den Kindern und Jugendlichen gemacht?

Schneider: Zunächst einmal finde ich nicht, dass man der Bildungspolitik am Anfang einen Vorwurf machen konnte. Keiner war auf eine Pandemie vorbereitet. Doch auch nach Wochen gab es keinen wirklichen Plan. Geld und Hilfspro-

»Wer behauptet, hochwertiger Digitalunterricht sei unmöglich, kannte den internationalen Forschungsstand zum Online-Lernen nicht. So einfach ist das.«

*Menno Baumann, Pädagoge,
Fliedner Fachhochschule*

gramme für Online-Unterricht helfen auch nicht, wenn Konzepte, Abläufe oder gar Personal fehlen. Noch dazu hat die Politik versäumt, die Wirkung der eigenen Maßnahmen zu erheben. Kolleg:innen wollten von den Bundesländern wissen, wo der Digitalunterricht wie gut läuft. Niemand konnte oder wollte eine Antwort geben.

Baumann: Das war der reinste Schlingerkurs. Auch ich hatte für die ersten Schulschließungen noch vollstes Verständnis. Aber schon die zweiten Schulschließungen hätten vermieden werden können, wenn die Behörden den ruhigen Sommer 2020 genutzt hätten, um die notwendigen Hygienekonzepte und Strategien zu entwickeln. Die Gelegenheit wurde verschenkt.

Das oberste Ziel der Kultusminister nach den ersten Schulschließungen im Frühjahr 2020 war, die Schulen so lange in Präsenz weiterzuführen, wie möglich – als Konsequenz aus der Misere im Digitalunterricht. War das so falsch?

Baumann: Plötzlich wurde so getan, als sei das Offenhalten der Schulen der heilige Gral des Kinderschut-

zes. Wer behauptete, hochwertiger Digitalunterricht sei unmöglich, kannte den internationalen Forschungsstand zum Online-Lernen nicht. So einfach ist das.

Schneider: Aber dafür hätte man den Lehrkräften gut durchdachte Konzepte an die Hand geben müssen. Das ist nicht passiert, weshalb die Herkunft der Schülerinnen und Schüler entscheidend wurde. Welche Eltern hatten die Zeit und die Kompetenzen, ihren Kindern beim Lernen beizustehen, und welche nicht?

Baumann: In den Interviews, die wir mit Familien über ihre psychosoziale Situation in der Pandemie geführt haben, wird deutlich, dass es auch auf die einzelne Lehrkraft ankam, auf ihr persönliches Engagement und ihre technischen Kenntnisse. Davon hing ab, welche Eigenverantwortung die Eltern übernehmen mussten, ob sie Stress und Angst vor einem schulischen Leistungsabfall ihrer Kinder hatten – oder das Gefühl, als Familie gut durch die Pandemie zu kommen.

Schneider: Über die genauen Wirkungszusammenhänge wissen wir aber viel zu wenig, weil die Politik auch sie nicht systematisch hat erforschen lassen. Nur wenn ich genau untersuche, wer an welcher Stelle Hilfe braucht, kann ich diese zielgerichtet einsetzen. Das hat man verpasst, und darunter leiden Programme wie »Aufholen nach Corona«.

Hat die Coronakrise neue soziale Verwerfungen in unserem Bildungssystem verursacht?

Schneider: Keine neuen. Unser Bildungssystem ist seit vielen Jahren nicht eingestellt auf unsere heterogener werdende Gesellschaft. Die soziale Ungleichheit in den ►►

»Plötzlich wurden über die Schulen politische Interessen durchgesetzt, die mit Schule eigentlich gar nichts zu tun hatten.«

*Menno Baumann, Pädagoge,
Fliehdner Fachhochschule*

Schulen war vor der Pandemie groß und im Wachsen, sie ist durch die Pandemie nur offensichtlicher und weiter verstärkt worden.

Baumann: Wir haben schon vor Corona gern und viel über die Gymnasien diskutiert, aber zum Beispiel fast nie über Berufsschulen, obwohl das dort vermittelte Wissen viel direkter darüber entscheidet, ob junge Menschen ihren Weg gehen können, ob zum Beispiel ein Elektriker-Azubi genügend für seine Gesellenprüfung lernt oder durchs Raster fällt. Doch das ist keine Frage, für die sich unser auf das Abitur orientierte Bildungsbürgertum interessiert. In der Pandemie sind die Schulen dann zum Spielball geworden zwischen Gegnern und Befürwortern der Corona-Maßnahmen. Plötzlich wurden über die Schulen politische Interessen durchgesetzt, die mit Schule eigentlich gar nichts zu tun hatten.

Was halten Sie von bildungsökonomischen Berechnungen, wieviel Lebensinkommen pro Woche Schulschließung verlorengegangen sind, Herr Baumann?

Baumann: Wenn ich mir manche Rechnungen anschau, sind die so überdramatisiert, dass mich nicht

gewundert hätte, wenn nach einem Jahr Schulschließung ein negatives Lebensinkommen herausgekommen wäre. Zum Beispiel halte ich es für wenig zielführend, Erfahrungen aus einem argentinischen Schulstreik auf Deutschland zu übertragen. Wie wollen Sie denn bitte ermitteln, welcher Verlust an Präsenzunterricht welchen Schüler später wieviel Gehalt kostet, wenn wir gleichzeitig auf einen Fachkräftemangel zusteuern, der die Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt grundlegend verändert?

Schneider: Natürlich sollte man die Berechnungen nicht als exakte Angabe verstehen, sondern als grundsätzliche Aussage: Die Effekte der Schulschließungen könnten erheblich sein. Außerdem ist es wichtig festzuhalten, dass vor allem jene Schülerinnen und Schüler betroffen sein werden, die von vornherein die geringeren Kompetenzen hatten. Als Bildungsökonom interessiert uns aber auch der gesamtgesellschaftliche Blick. Wir brauchen möglichst gut ausgebildetes Humankapital, damit wir uns als Gesellschaft noch den Staat so leisten können, wie wir ihn uns wünschen.

Baumann: Wer sagt eigentlich, dass die Folgen für die Schüler nur negativ sein müssen? Sie haben durch den Distanzunterricht etwas verloren, aber sie haben auch etwas bekommen für ihr Leben. Die Jugendlichen mögen durch die Pandemie vielleicht ein paar Gedichte weniger kennen und müssen vielleicht ein paar Mal öfter in die Formelsammlung gucken. Aber sie sind in einer Weise widerstandsfähig fürs Leben geworden, das ist großartig.

»Wir brauchen möglichst gut ausgebildetes Humankapital, damit wir uns als Gesellschaft noch den Staat leisten können, wie wir ihn uns wünschen«

*Kerstin Schneider, Ökonomin,
Universität Wuppertal*

Allerdings waren Gewinn und Verlust eben nicht gleichmäßig verteilt. Trotzdem: Dieses pauschale Gerede von einer Generation Corona lehne ich aus pädagogischer Sicht ab.

Schneider: Dem widerspreche ich gar nicht! Ich sage nur, die Effekte könnten groß sein. Wie groß und welche genau es sind, da müssen wir abwarten. Es gibt sogar Studien, die zeigen, dass das Hörverstehen Englisch in der Pandemie im Schnitt sogar besser geworden ist, andere Kompetenzen haben abgenommen. Zu langfristigen kausalen Zusammenhängen können wir womöglich erst in vielen Jahren gesichert etwas sagen.

Gilt die Aussage, dass es Gewinner und Verlierer gab, auch und gerade in psychosozialer Hinsicht, Herr Baumann? Was lässt sich da bereits gesichert sagen?

Baumann: Eindeutig, die Unterschiede sind da und es gibt soziale Risikofaktoren. Doch die Zusammenhänge sind viel komplexer als oft in der Tagespresse dargestellt. Schulschließungen als solche sind für die psychosoziale Entwicklung eines Menschen erstmal völlig belanglos. Wir sind evolutionsbiolo-

»Zu langfristigen kausalen Zusammenhängen können wir womöglich erst in vielen Jahren gesichert etwas sagen.«

Kerstin Schneider, Ökonomin, Universität Wuppertal

gisch gar nicht darauf eingestellt, zur Schule zu gehen. Das Problem beginnt, wo Tagesrhythmen, Strukturen und Rituale in den Familien zusammenbrechen. Eine Studie in Brandenburg hat gezeigt, das 80 Prozent der dortigen Jugendlichen im zweiten Lockdown sehr zufrieden waren mit ihren sozialen Kontakten zu Gleichaltrigen. Wir müssen aber auf die etwa zehn Prozent schauen, die gar keine Sozialkontakte außerhalb der Schule hatten und im Lockdown komplett isoliert waren. Und was ist mit den Kindern und Jugendlichen, deren Eltern durch die Pandemie in Armut geraten sind? Oft wurde gefordert, lieber die Schulen früher aufzumachen und dafür die Gastronomie und den Einzelhandel länger im Lockdown zu lassen. Das sind aber genau die Branchen mit vielen prekären Arbeitsverhältnissen, wo schnell ganzen Familien der soziale Abstieg droht.

Sind das bei aller Dramatik meist vorübergehende Ereignisse oder bleibt da etwas fürs Leben?

Baumann: Wenn wir bei den Erwachsenen einen höheren Alkoholkonsum beobachten, dann ist das

aus familienpsychologischer Sicht kein gutes Zeichen. Alkohol ist und bleibt ein entscheidender Gewalttreiber. Wenn wir einen Anstieg der Essstörungen bei Kindern beobachten, dann wissen wir: Essstörungen verschwinden nicht einfach nach ein paar Wochen wieder. Genauso geht der soziale Absturz in unserer kapitalistischen Gesellschaft sehr schnell, aber der Weg zurück aus der Armut dauert manchmal Generationen. Der dauerhafte Impact auf die Entwicklung von Kindern ist also anzunehmen, aber wie grundlegend und langfristig die Effekte sind, ist schwer abzuschätzen. Mit Blick auf die Erfahrungen aus vergangenen Pandemien lässt sich immerhin sagen: Viele der negativen Effekte haben sich zum Glück langfristig wieder ausgeglichen.

Wie muss die Bildungspolitik jetzt reagieren?

Baumann: Solange sich selbsternannte Bildungsexperten vors Mikro stellen und behaupten können, der Lockdown sei an allem schuld, hat die Politik den Freifahrtschein zu machen, was sie will. Denn dann muss man ja nicht an den Kern unserer bildungspolitischen Schieflage ran.

Schneider: In keinem Wahlkampf fehlt das Versprechen, mehr in Bildung zu investieren. Ich kann es nicht mehr hören. Das Geld muss vernünftig eingesetzt werden. Das Wissenschaftszentrum für Sozialforschung (WZB) hat gerade in einer Studie nachgewiesen, dass ein großer Teil der Mittel aus dem Corona-Aufholprogramm nicht bei denen gelandet ist, die am dringendsten die Unterstützung brauchen – auch weil diese Familien schwer

»Solange selbsternannte Bildungsexperten behaupten können, der Lockdown sei an allem schuld, hat die Politik den Freifahrtschein zu machen, was sie will.«

Menno Baumann, Pädagoge, Fliegener Fachhochschule

zu erreichen sind. Wenn unterstützende Angebote von Kindern und Jugendlichen nicht wahrgenommen werden, bewirken sie auch nichts. Daran muss ganz unabhängig von Corona intensiv gearbeitet werden.

Baumann: Wir erreichen nicht die Menschen, die wir erreichen müssten.

Schneider: Außerdem müssen wir den Lehrkräften in den Schulen helfen, sich auf ihre eigentliche Aufgabe zu konzentrieren. Das geht nur, wenn wir ihnen multiprofessionelle Teams zur Seite stellen.

Baumann: Multi- und interdisziplinäre Teams sind das richtige Stichwort! Wir brauchen Schulsozialarbeiter, wir brauchen Sport- und Musikprojekte, die den Kindern eine Sprache geben für das, was sie in den vergangenen zwei Jahren erlebt haben. Diese Sprache ist in der Regel nicht verbal-kognitiv. Offene Schulen seien für sich genommen die beste Therapie, gehört für mich zu den größten Unsinnssätzen, die in der Pandemie überhaupt gesprochen worden sind. Dafür müssen wir die Schule erst wieder zu einem Wohlfühlort machen, das ist wichtiger als jede Lern-Nachhilfe. —●●



Produktiv am Küchentisch



Text: ANNE HÜNNINGHAUS

Fotos: BERNHARD KAHRMANN

Im Lockdown leerten sich die Büros. Während New-Work-Fans sich bestätigt sehen, dass Homeoffice funktioniert, fordern manche Arbeitgeber zur Rückkehr ins Firmengebäude auf. Welche Effekte New Work auf Produktivität und Personalthemen hat, arbeiten Ökonom:innen nun auf.

Kaum ein Thema hat über die komplette Dauer der Pandemie so viele Menschen bewegt, wie die Frage nach den Homeoffice-Regelungen ihrer Arbeitgeber. Als Geschäftsführungen im März und April 2020 im ersten strengen Lockdown ihre Bürobeschäftigten nach Hause schicken mussten, war die Konfusion groß. Vielerorts fehlte es an passendem Equipment für die Heimarbeit – an Laptops und Headsets, aber auch an digitalisierten Daten und passender Infrastruktur zur virtuellen Kommunikation. Manche berufstätige Eltern fanden sich zudem in chaotischen Situationen wieder: Gemeinsam mit den Rechnern am Esstisch zum Beispiel, während parallel Kinder zu betreuen waren.

Mit der Lockerung der Coronaregeln entstand auch medial ein neuer Blick auf das Thema. Ging es zu Beginn vornehmlich darum, welchen Arbeitgebern es wie schnell gelungen war, die eigenen Arbeits- und Organisationsprozesse anzupassen, verschob sich die Debatte mehr in Richtung eines normativen Abwägens: Wer kann wie oft von zu Hause arbeiten? Oder auch: Wer darf zurück ins Büro? So titelte die Zeitung BILD beispielsweise im

November 2021 über einen vermeintlichen Plan der damals neuen Ampel-Bundesregierung: »Homeoffice wird Pflicht!«. Die Entscheidung von Tesla-Gründer Elon Musk, in seinem Unternehmen auf einer verpflichtenden Präsenzkultur zu beharren, rief im Juni 2022 gleichfalls ein riesiges Echo hervor. In den Kommentaren dazu schälten sich zwei Lager heraus: Diejenigen, die eine zwingende Rückkehr in die Büros für rückständig halten auf der einen Seite, jene, die den Verlust des physischen Kontakts in einer virtueller werdenden Arbeitswelt als bedenklich empfinden, auf der anderen.

So viel steht fest: Die Corona-Sondersituation hat den Beweis erbracht, dass Homeoffice in vielen Unternehmen gut funktioniert. Aber werden wir auch künftig im Sinne der New-Work-Bewegung daran festhalten? Welche ökonomischen Erkenntnisse über Remote-Arbeit gelten als gesichert – und wo befinden wir uns noch im Feld der Spekulation? Die zentrale Frage ist, inwieweit hybride Arrangements auch nach der Pandemie erhalten bleiben und welche sozioökonomischen Implikationen sich daraus ergeben. Sind die Beschäftigten im Homeoffice pro- ►►

duktiver oder nicht? Müssten Arbeitgeber künftig höhere Löhne zahlen, um trotz Präsenzpflcht Talente zu finden und zu binden – weil New Work zum New Normal geworden ist und reine Präsenzkultur Fachkräfte abschreckt? Ob die positiven oder negativen Effekte von Homeoffice auf die Produktivität überwiegen, kann nicht theoretisch geklärt werden. Es ist vor allem eine empirische Frage.

Was war schon vor der Krise über Homeoffice bekannt?

Personalökonomisch betrachtet wächst die Leistung von Arbeitskräften dann, je stärker diese sich anstrengen und engagieren. Um das zu erreichen, setzen Arbeitgeber in der Regel maßgeblich auf Monitoring- und Führungsinstrumente – oder auf positive Anreize. Nun sind im Homeoffice viele Kontrollmöglichkeiten eingeschränkt. Bei modernen Arbeitgebern und vor allem in höher qualifizierten Berufen ist im Zuge der New-Work-Transformation ein Umsteuern in Richtung Output-Anreize bereits länger zu beobachten: Statt Angestellte danach zu beurteilen, wie viel Zeit sie im Büro verbringen, werden sie etwa nach erfolgreichen Projektabschlüssen bewertet. So führte Microsoft Deutschland beispielsweise schon im Jahr 2014 Vertrauensarbeitsort und -zeit ein – allerdings mit einem Sternchen versehen, wie Microsoft-Betriebsrätin Kerstin Lippke unlängst der gegenüber der Zeitschrift WirtschaftsWoche geraderückte: Falls die Leistung einzelner Beschäftigter im Homeoffice nachlassen sollte, sieht die Betriebsvereinbarung des Software-Riesen nämlich vor, dass diese ins Büro zurückbeordert werden können. Das sei aber nur wenige Male eingetreten.

Neben den Erfahrungsberichten einiger Vorreiter-Unternehmen war die Erkenntnislage zu konkreten Effekten von Remote-Arbeit vor Corona eher dünn – auch weil es schwierig ist, in diesem Bereich Forschungsprojekte durchzuführen, in denen Korrelationen und Kausalitäten klar voneinander abgegrenzt werden können: Wurde womöglich eifrigeren und hochqualifizierten Fachkräften eher vertrauensvoll die Option zum Homeoffice eingeräumt, die dann – wenig überraschend – gute Leistungen erbrachten? Sind es nicht ohnehin die solide aufgestellten und moderneren Flaggschiff-Unternehmen, die solche Modelle vor Corona angeboten haben – und als beliebte Arbeitgeber über eine hochmotivierte Belegschaft verfügen? Die Datenlage ist also mit Vorsicht zu genießen.



Einer der wenigen, der schon vor Ausbruch der Pandemie zur Frage geforscht hat, wie sich Homeoffice auf die Produktivität auswirkt, ist Stanford-Ökonom Nicholas Bloom. Spannende Ergebnisse förderte er 2015 mit einem Feldexperiment in einem chinesischen Callcenter zutage. Zwei Jahre lang hatte er dafür ein Unternehmen mit Sitz in Shanghai mit gut 16.000 Beschäftigten beobachtet, von denen die Mehrzahl weite Strecken zur Arbeit pendeln musste. Blooms Forschungsteam definierte nun zwei Gruppen. Die eine durfte freiwillig von zu Hause aus arbeiten, die Kontrollgruppe arbeitete in Präsenz. Das Ergebnis überraschte den Ökonom, der zuvor davon ausgegangen war, dass sich Positiv- und Negativeffekte gegenseitig aufheben würden. Denn die Daten offenbarten, dass die Homeoffice-Gruppe um durchschnittlich 13 Prozent produktiver arbeitete als die Callcenterkolleg:innen im Büro. Die Gründe dafür: Sie blieben tendenziell länger am Schreibtisch, während die im Büro Tätigen ihre Schichten häufig infolge von Pendelei und Verkehrschaos beschnitten. Zudem meldeten sich Mitglieder der Homeoffice-Gruppe seltener krank und die Fluktuation war bei ihnen geringer. Der Wermutstropfen: Viele Heimarbeiter:innen beklagten nach einiger Zeit, sich isoliert zu fühlen. Außerdem wurden sie trotz ihrer Produktivität seltener befördert als die vor Ort Präsenten, wie die Auswertung zeigte. Aus Unternehmenssicht überwogen insgesamt aber die Vorteile.

Dieses Forschungsergebnis wird von Homeoffice-Fans gern als handfeste Evidenz zitiert. Doch die standardisierte Callcenter-Tätigkeit ist nicht zwangsläufig

fig mit vor allem höher qualifizierten Schreibtischjobs vergleichbar. Da es kaum Teamarbeit gibt, sind sogenannte Peer-Effekte – also die gegenseitige Beeinflussung von Arbeitskräften – beispielsweise kleiner als bei anderen Tätigkeiten.

Zu Peer-Effekten im Homeoffice gab es vor Corona ebenfalls erste Studien. Eine zentrale Frage ist dabei: Fällt ein Ansporn weg, wenn die Leistung der anderen nicht unmittelbar verfolgt werden kann? Ein Experiment unter Supermarkt-Beschäftigten hatte die Ökonomie-Professoren Alexandre Mas und Enrico Moretti 2009 in der Annahme bestätigt, dass sichtbar produktive Kolleg:innen ihr Umfeld zu größerer Anstrengung verleiten und produktiver machen.



Bewerber:innen verzichten auf bis zu sieben Prozent Gehalt im Tausch gegen Homeoffice.

Was nicht nur das Praxisbeispiel von Microsoft Deutschland bezeugt, sondern auch schon vor der Coronapandemie vielfach durch Studien belegt werden konnte: Viele Menschen möchten gerne – zumindest einen Teil ihrer Arbeitszeit – im Homeoffice verbringen. Introvertierte freuen sich über Ruhephasen ohne ständige Gesellschaft, Eltern oder Pflegende können ihren Alltag mit der Doppelaufgabe besser koordinieren, wenn sie bei Arbeitsort – und damit einhergehend häufig auch Arbeitszeit – flexibel sind. Zusammen mit der Ökonomin Amanda Pallais zeigte Alexandre Mas schon 2017 in einem Feldversuch, dass Bewerber:innen sogar bereit sind, im neuen Job auf einen Teil (rund 7 Prozent) ihres Gehalts zu verzichten, wenn sie dafür die Option auf Homeoffice zugesichert bekommen. Hier geht es also um die ökonomischen Aspekte von Personalfragen: Firmen sparen Geld, dadurch, dass sie ihre Beschäftigten beispielsweise nicht mehr für Pendelzeiten mit höheren Löhnen kompensieren müssen und diese – wie bei Bloom nachgewiesen – länger arbeiten. Zum anderen sparen sie, weil Fachkräfte bei attraktiven Arbeitsbedingungen schneller rekrutiert werden und zufriedene Angestellte ihrem Arbeitgeber länger erhalten bleiben, wie das Experiment von Bloom ebenfalls gezeigt hatte.

Dass trotz dieser eher positiven Studienlage nicht mehr Firmen schon vor Jahren stärker auf Homeoffice gesetzt haben, hat einen simplen Grund: Sie mussten es nicht – es sei denn sie waren (wie Microsoft) auf das Rekrutieren rarer Digitalprofis angewiesen, die solche Flexibilität einforderten. Gerade am Anfang einer Transformation in eine hybride Arbeitskultur stehen hohe Investitionen: In Informations- und Kommunikationstechnik, neue Infrastrukturen, bestenfalls Coachings und Beratungen, um Führungskräfte optimal auf die neuen Erfordernisse von Digital Leadership einzuschwören. Dass das – bei ungewissem Ausgang – vor der Pandemie nicht unbedingt attraktiv für Arbeitgeber war, fasste James Gorman, CEO der Investmentbank Morgan Stanley, 2020 treffend zusammen: »Wenn man mir vor drei Monaten versprochen hätte, dass das Unternehmen gut funktioniert, während 90 Prozent der Angestellten von zu Hause aus arbeiten, dann hätte ich dennoch gesagt: Dieses Experiment gehe ich nicht ein, denn wenn es schiefgeht, wäre der Verlust gigantisch.« Ergo: Mit unerprobten Organisationsmodellen zu experimentieren, war den meisten Unternehmen schlichtweg zu teuer und riskant. ▶▶



Wer profitiert vom Homeoffice?

So klar ist das nicht. Denn die Vorstellungen gehen auseinander und es ist unsicher, wie positiv die Entwicklung wirklich ist.

Wie viel Homeoffice? Die Wünsche gehen auseinander

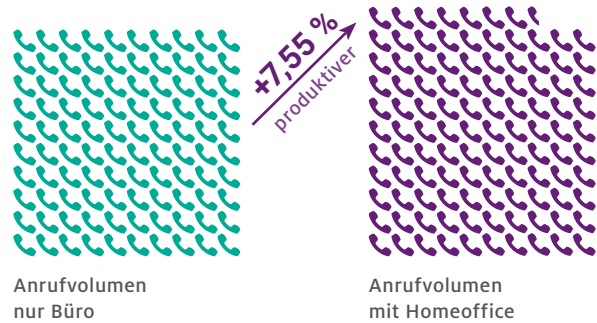
Unternehmen geben vor, wie viele Tage ihre Mitarbeitenden im Büro erscheinen müssen. Würden Arbeitnehmer:innen über die Zahl der Tage entscheiden, läge sie deutlich höher.



Quelle: ifo Institut, 2022

Wovor haben Arbeitgeber:innen Angst?

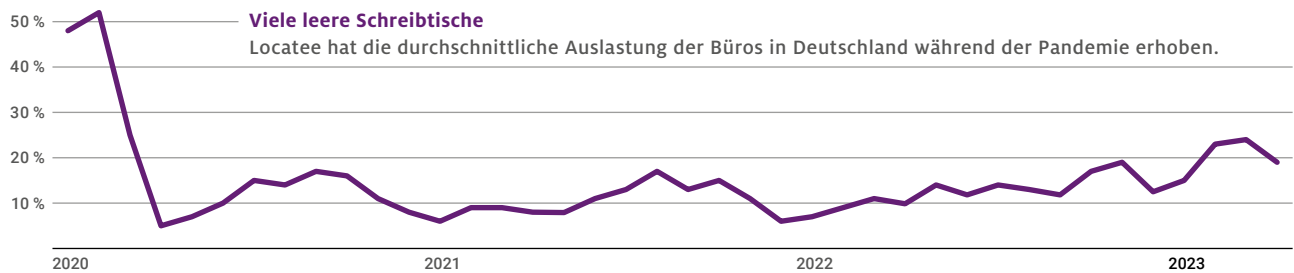
Ein Feldversuch aus dem Jahr 2018 zeigt, dass die Mitarbeitenden in amerikanischen Callcentern produktiver waren, wenn sie mobil arbeiten durften. Doch dies ist möglicherweise nicht auf alle Tätigkeiten übertragbar. Das der Produktivitätsunterschied:



Quelle: Harrington & Emanuel, 2021; andere Studien finden in anderen Ländern noch größere Effekte.

Sparpotenzial für Arbeitgeber:innen

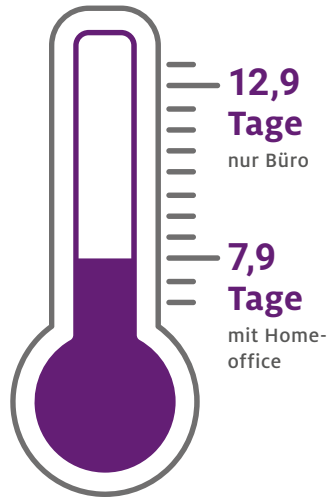
Wenn Mitarbeitende zuhause arbeiten, bleiben Tische im Büro leer. Nutzen Mitarbeiter:innen regelmäßig das Homeoffice, können Arbeitgeber:innen Schreibtische und Bürofläche einsparen. Beispiel: Ein Berliner Unternehmen mit 1.000 Quadratmetern Bürofläche zahlt monatlich 30.000 Euro Miete. Die Chefin erlaubt ihren Mitarbeiter:innen, von zuhause aus zu arbeiten. Weil das Büro jetzt nicht mehr voll ist, verkleinert sie das Büro auf 700 Quadratmeter und das Unternehmen spart 9.000 Euro Miete.



Quelle: Locatee, 2023

Mehr Gesundheit durch Homeoffice?

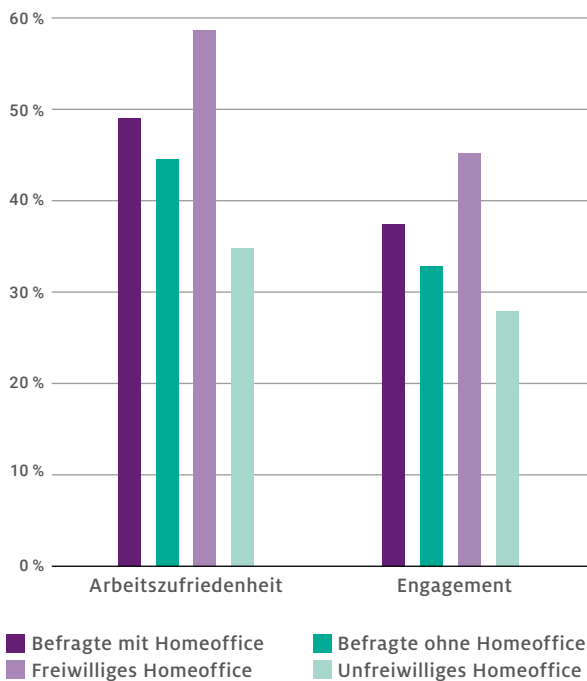
Arbeitnehmer:innen mit Homeoffice sind durchschnittlich 5 Tage pro Monat weniger krank. Was die Zahl nicht sagt: Sind Heimarbeiter:innen wirklich gesünder oder setzen sie sich einfach krank an den Schreibtisch? Was sind die langfristigen Folgen?



Quelle: DATEV magazin, 2022

Auswirkungen auf Zufriedenheit und Engagement

Die positiven Effekte halten nur an, solange Arbeitnehmer:innen freiwillig im Homeoffice arbeiten. Denn es hängt auch von Persönlichkeitsmerkmalen ab, ob Homeoffice zur Zufriedenheit beiträgt. Die Studie von Bloom (S. 36) findet zudem heraus, dass Mitarbeitende mit viel Homeoffice trotz höherer Produktivität seltener befördert werden.

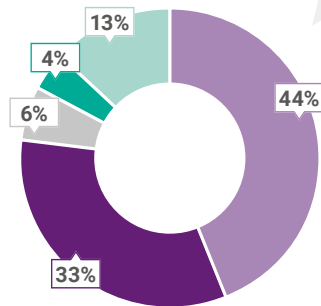


Quelle: Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr Hamburg, 2022

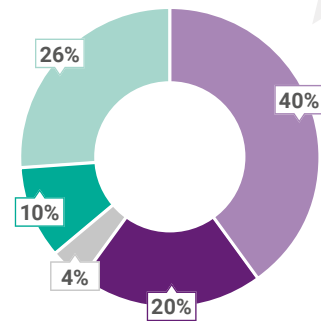
Verbesserte Vereinbarkeit, aber schwierige Abgrenzung

Bei einer Online-Befragung im Juni 2020 gaben über 6.000 Erwerbstätige an, dass Homeoffice die Vereinbarkeit von Job und Familie vereinfachen kann. Allerdings ist unklar, wie sich die verschwimmende Grenze von Freizeit und Arbeit langfristig auf die Psyche auswirkt.

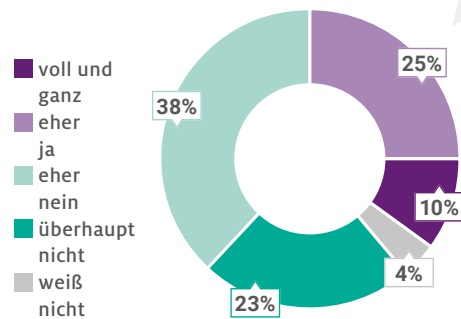
Auf die Frage, ob das Homeoffice die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtert, antworten ...



Auf die Frage, ob die Grenzen zwischen Arbeit und Freizeit im Homeoffice verschwimmen, antworten ...



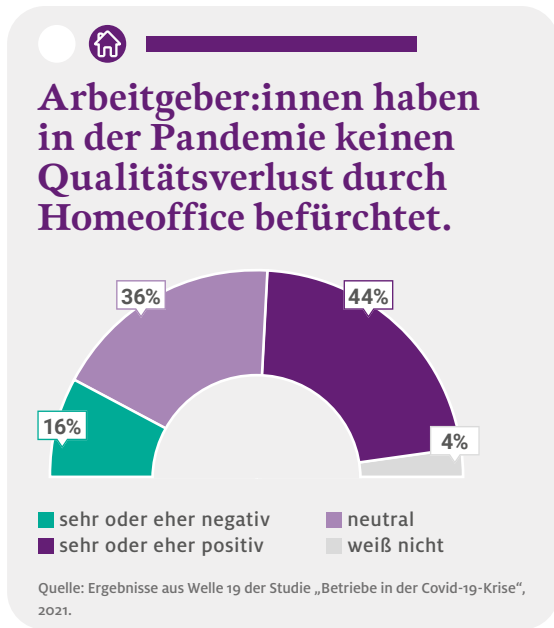
Auf die Frage, ob sie die Arbeit von zu Hause anstrengender als im Betrieb finden, antworten ...



Quelle: Erwerbspersonenbefragung der Hans-Böckler-Stiftung & WSI, 2020



In Feldversuchen stieg
die Produktivität
bei der Heimarbeit
zumindest für manche
Tätigkeiten.



Was haben wir durch Corona über Homeoffice gelernt?

Und dann kam Corona. Als »Das größte Experiment der Menschheitsgeschichte« bezeichnete die Neue Zürcher Zeitung die Pandemie im Herbst 2020 in einer Überschrift. In der Tat boten insbesondere die Lockdown-Phasen für verschiedenste wissenschaftliche Fachrichtungen ein spannendes Forschungsfeld, auch für Wirtschaftswissenschaftler:innen und Arbeitspsycholog:innen. Einer von ihnen ist der bereits erwähnte Nicholas Bloom, der sich in einer 2022 veröffentlichten Feldstudie auf hybride Arbeitsstrukturen fokussierte. Der Feldversuch bestätigte die vorherigen Erkenntnisse: Die hybrid Beschäftigten kündigten seltener. Zudem wählten sie ihre Präsenzzeiten so, dass sie an denselben Tagen wie ihr Team im Büro waren, um das Isolationsgefühl zu vermeiden.

Die drei schlimmsten Feinde des Homeoffice, witzelte Bloom in einem Vortrag, seien der Kühlschrank, das Bett und der Fernseher. Doch so groß die Ablenkungen zu Hause sein mögen: Vor allem Großraumbüros mit permanent hohem Lärmpegel können die Konzentration auf den Job mitunter ebenso stören wie Freizeitverlockungen zu Hause. Auch gibt es Hinweise darauf, dass Angestellte ihre Mittagspausen im Home-

office eher verkürzen, weil eben kein geselliger Plausch mit den Kolleg:innen in der Kantine lockt.

Weitere relevante Peer-Fragen waren: Was, wenn junge Teammitglieder sich im Alltag nichts von den Erfahreneren abschauen können? Was macht es mit der Bindung zum Unternehmen und gemeinsamer Teamarbeit, wenn die persönlichen Begegnungen stark beschränkt sind? Der ungezwungene Austausch und informelle Gespräche haben eine wichtige Funktion für Unternehmen, »sie wirken als sozialer Kitt«, wie der Leipziger Organisationspsychologe Hannes Zacher im Gespräch mit der Handelszeitung 2021 zu bedenken gibt. Belastbare Studien dazu, ob Teams durch die Arbeit im Homeoffice schlechter zusammenarbeiten oder schneller zerbrechen, gibt es allerdings bislang nicht.

Vor allem die Unternehmen, deren Geschäftsmodelle im Verlauf der Krise ohnehin gelitten hatten, waren auf zupackende Arbeitskräfte angewiesen. Ein Team um Jean-Victor Alipour vom ifo Zentrum für Industrieökonomik und neue Technologien entwarnte: »Das Corona-Experiment hat vielen Vorgesetzten bewiesen, dass die Leistungsfähigkeit der Beschäftigten zu Hause in der Regel nicht einbricht.« Vielleicht auch deswegen sind im Februar 2023 fast 600 Prozent mehr Stellenanzeigen mit Homeoffice-Angebot inseriert als noch drei Jahre zuvor. Das zeigt der Jobnavigator des Bundesarbeitgeberverbandes der Personaldienstleister.

Eine Studie von Natalia Emanuel, Ökonomin der Federal Reserve Bank, und Emma Harrington, Assistenzprofessorin der Universität Iowa Tippie, zeigte 2021 ebenfalls, dass der Wechsel ins Homeoffice mehrheitlich Produktivitätsgewinne generiert (Feldversuch in einem Callcenter). Viele besonders leistungsfähige Beschäftigte bevorzugten aber selbst die Arbeit in Präsenz, um im Sichtfeld der Vorgesetzten zu bleiben – um keine Chance auf Beförderung zu verpassen.

Die Produktivität von Teamarbeit konnte in vielen Unternehmen erst erhöht werden, wenn zum Beispiel alle vertraut mit neuen Tools wie Microsoft Teams, Zoom oder Slack waren. Vor allem zu Beginn der Pandemie waren aber hohe Investitionen in IT nötig. Anfang 2021 erschienen erste Zeitungsartikel zur Zoom-Fatigue, also Erschöpfungssymptomen durch zu viele Videokonferenzen. Eine Studie der Ökonom:innen Michael Gibbs, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Chicago, Friederike Mengel, Ökonomik-Professorin der

Universität Essex, und Christoph Siemroth, Assistenzprofessor für Mikorökonomik an der Universität Essex, hatte gezeigt, dass die Aneinanderreihung von virtuellen Meetings und der Fokus auf Gruppengespräche (statt der Interaktion mit einzelnen Vorgesetzten oder Teammitgliedern) tatsächlich die Konzentrationszeiten im Homeoffice minderten. Im untersuchten asiatischen IT-Unternehmen hatte das gar zu Produktivitätsrückgängen geführt. Dass der Versuch zu Lockdown-Zeiten stattfand, in denen viele Beschäftigte parallel ihre Kinder betreuen mussten, dürfte dieses Ergebnis allerdings beeinflusst haben.

Bislang uneindeutig ist die Studienlage dazu, ob etablierte Homeoffice-Strukturen positiven oder negativen Einfluss auf den Ausfall von Beschäftigten nehmen. Erhebungen zufolge fühlen sich viele Beschäftigte im Homeoffice wohler, die Krankentage sanken. Es gibt aber Hinweise, dass sich Beschäftigte im Homeoffice eher krank vor den Rechner setzten. Problematisch war für viele auch das Verschwimmen von privater und beruflicher Sphäre. Während der Pandemie stieg deutschlandweit zwischenzeitlich die Zahl der Behandlungen und Ausfälle aufgrund psychischer Erkrankungen. Auch dieses Ergebnis ist aber im Kontext zu sehen: Die Pandemie bereitete vielen Menschen Sorgen, Homeschooling und Co. wurde zur Belastung – und das, während viele ausgleichende Freizeitaktivitäten nicht möglich waren.

Was gilt es weiter zu erforschen?

Nachdem im Juni 2022 besagte Email von Tesla-CEO Elon Musk publik wurde, in der er seine Angestellten zur vollständigen Rückkehr ins Büro aufforderte, hagelte es Kritik und Spott. So schrieb der Chef der australischen Software-Firma Atlassian bei Twitter, Musks Gebaren wirke wie aus den 1950er Jahren – und wies unzufriedene Beschäftigte des E-Auto-Bauers auf eigene Stellenausschreibungen – inklusive Homeoffice-Option – hin. Der Fachkräftemangel führt auch in Deutschland dazu, dass es in vielen Branchen alternativlos ist, hybrides Arbeiten anzubieten, um Beschäftigte rekrutieren und halten zu können. Auch wird ein ideales Matching – also die Passgenauigkeit von Bewerber:innen und offenen Stellen – durch ortsunabhängige Recruiting-Prozesse womöglich begünstigt. Hierzu wird es weitere Forschung geben müssen. Um die Vorteile der Flexibilität auszuschöpfen (wie Fami-

lienfreundlichkeit, Produktivität, erweiterter Rekrutierungsradius) ohne in die Fallen zu tappen (wie geringe Identifikation, fehlender sozialer Schmierstoff, geringe Sichtbarkeit und Aufstiegschancen), sehen die meisten Fachleute die Zukunft in hybridem Arbeiten, bei dem die Beschäftigten rund die Hälfte der Woche im Büro arbeiten. Wird das Homeoffice also wie vermutet auf breiter Front beibehalten, kann das mittel- bis langfristig relevante sozioökonomische Effekte haben, die es weiter im Blick zu behalten gilt. Die Pandemie hat gelehrt, dass flexible Remote-Arbeit einerseits gerade jungen Eltern willkommen ist. Langfristig ist zu erwarten, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch die gewonnene Flexibilität eher steigt. Das könnte bedeuten, dass es leichter wird, Kinderbetreuung beispielsweise mit einer Vollzeitstelle in Einklang zu bringen, was vor allem bessere Karrierechancen für Frauen mit sich brächte.

Andererseits können sich die Kluft zwischen denen, die Schreibtischarbeit erledigen, und denen, die in Produktionsstätten, der medizinischen Betreuung oder dem Handwerk arbeiten, vertiefen. Werden sich angesichts der zunehmenden Flexibilität und Familienfreundlichkeit künftig womöglich mehr junge Menschen für einen Bürojob entscheiden, anstatt sich etwa zur Dachdeckerin oder zum Krankenpfleger ausbilden zu lassen? Das würde Mängel weiter verschärfen und vor die Herausforderung stellen, verstärkte Anreize dafür zu schaffen, etwa Handwerksberufe zu wählen. Bei den Peer-Effekten bleibt abzuwarten, wie viel Vor-Ort-Kommunikation nach der Pandemie wieder erwünscht sein wird. Werden die Unternehmenskund:innen langfristig Videocalls statt Geschäftsreisen akzeptieren? Werden vor allem Berufseinsteiger:innen darunter leiden, wenn ihre Netzwerkmöglichkeiten beschränkt bleiben oder sich verändern? Manche Fachleute erwarten, dass die Bedeutung von Konferenzen oder Dienstreisen zunehmen könnte. Auf Basis der bisherigen Ergebnisse ist vorstellbar, dass koordinierte Bürotage Einzug in die Arbeitswelt halten. Werden diese ausreichen, um die Peer-Effekte auszugleichen?

Coworking-Optionen, die Technologien, die Austauschmöglichkeiten – all das wird mit der Zeit optimiert werden. Für Forschende wird die Herausforderung in einigen Jahren vermutlich eher darin liegen, Remote-Arbeit jenseits anderer Effekte modernen Arbeitens isoliert zu untersuchen. Denn diese werden sich vermutlich schon bald als New Normal etabliert haben. —●●



Exkurs: Coworking auf dem Land

Gesellschaft, Büroatmosphäre und dennoch Remote-Kultur ohne lange Pendelzeiten: Coworking boomt – bei Selbstständigen wie Angestellten. Ein Stimmungsbild aus dem Workspace Echtland in der bayerischen Provinz.

Pfaffenhofen ist ein idyllisches Städtchen in Oberbayern. Hinter einer der zahlreichen historischen Fassaden im Ort befindet sich der Coworking Space Echtland. Wo vor 130 Jahren noch ein Kirchenmaler seinem Kunsthandwerk nachging, sitzen nun Berufstätige verschiedener Branchen in stylischem Ambiente an ihren Laptops. Einer davon ist Goran Culic, Projektleiter bei der ABO Wind AG, einem Unternehmen, das Anlagen für Erneuerbare Energien plant. Dass der Photovoltaik-Experte kurz vor Ausbruch der Pandemie bei dem inhabergeführten Mittelständler angefangen hat, ist nicht selbstverständlich gewesen. Denn sein Arbeitgeber sitzt gut 330 Kilometer entfernt in der hessischen Hauptstadt Wiesbaden. »Wenn die Stelle nicht mit Homeoffice-Möglichkeit inseriert worden wäre, hätte ich mich ganz sicher nicht beworben«, sagt Culic. Für beide Seiten ein Vorteil: Indem das Unternehmen die flexible Option anbietet, kann es seinen Recruiting-Radius auf ganz Deutschland ausweiten. Doch während der Arbeitszeit in einem improvisierten Ambiente isoliert in seiner Wohnung zu sitzen – nebst Ablenkung durch die Familie – das wäre für Culic auch nicht dauerhaft infrage gekommen. »In Büroatmosphäre zu arbeiten und den Austausch mit anderen zu haben, war mir wichtig«, sagt er. Daher freute er sich über das Angebot seines Arbeitgebers, ihm einen Platz im Echtland zu sponsern.



Laut Erhebungen des Bundesverbandes Coworking Spaces Deutschland hat sich die Zahl der Coworking Spaces deutschlandweit von Anfang 2018 bis Mai 2020 auf insgesamt 1.268 vervierfacht. Die Nachwirkungen der

Pandemie dürften diese Entwicklung eher weiter beschleunigen. Die Vorteile liegen auf der Hand, findet Culic. Er spart sich dank seines Schreibtischs in Pfaffenhofen eine lange Anfahrt zur Arbeit, hat aber trotzdem Gesellschaft – inzwischen sogar aus der eigenen Firmenbelegschaft. Seit Culics Start stellte ABO Wind nämlich zwei weitere Beschäftigte aus der Umgebung ein, die nun gemeinsam mit ihm im Echtland sitzen. Neben der positiven Auswirkung auf seine Work-Life-Balance sieht er einen weiteren Vorteil in der lokalen Vernetzung: »Ich

komme hier immer wieder mit Menschen ins Gespräch, die meine Perspektive bereichern. Neulich habe ich zum Beispiel mit einem Landschaftsgärtner aus dem Coworking Space gesprochen, der sich – wie ich – mit Regularien für Bauprojekte auseinandersetzt.« Aktuell plant sein Arbeitgeber einen weiteren Coworking Hub in Mainz. Denn viele Beschäftigte pendeln täglich aus der rheinland-pfälzischen Stadt nach Wiesbaden. Künftig, so die Vision, können sie das Fahrrad nehmen und den Stau auf der Rheinbrücke umgehen. Eine Freiwilligengruppe aus dem Unternehmen fragt darüber hinaus innerhalb der Belegschaft ab, wo in Deutschland sich weitere Coworking Hubs lohnen würden.



Sieben Fragen, die die Wirtschaftswissenschaften (noch) nicht beantworten können



Text: MIRJAM STEGHERR

Die Ökonomik gewinnt Erkenntnisse, indem sie Theorien bildet und diese mithilfe von Empirie prüft, also Modelle entwickelt und Daten sammelt. Sie nutzt Daten, die die Realität beschreiben. Diese wandelt sich aber sehr schnell. Selbst wenn Theorie und

Empirie ein valides Bild für den Moment liefern, ist nicht gesagt, dass es lange gilt. Die Wirtschaftswissenschaften benötigen deshalb fortlaufend neue Daten, um Orientierung zu bieten. Sieben Beispiele zeigen, wo aktuell ihre Grenzen liegen.

1 Wann ist ein Lockdown angemessen?

Büros, Geschäfte, Schulen: Immer wieder wurde diskutiert, ob ein Lockdown im Kampf gegen Corona angemessen ist. Denn er brachte erhebliche ökonomische Kosten mit sich, sollte aber helfen, lebensgefährliche Ansteckungen zu vermeiden. Welche Kosten angemessen sind, um ein Menschenleben zu retten, kann die Wirtschaftswissenschaft nicht entscheiden, sondern nur die Politik. Ökonomik kann aber quantifizieren, welche Kosten durch politische Entscheidungen entstehen, und sie in Bezug setzen zu der Zahl geretteter Menschenleben und somit zur konsistenten Umsetzung normativer Entscheidungen beitragen.

2 Lohnt sich Homeoffice?

Um die Pandemie einzudämmen, schickten viele Unternehmen ihre Mitarbeitenden – zum Teil staatlich verordnet – ins Homeoffice. Wer die Möglichkeit hatte, sollte zuhause arbeiten. Die Frage ist, ob es nach der Pandemie bleibt. Studien zeigen zwar, dass Arbeitnehmer:innen im Homeoffice sehr produktiv waren. Aber die Datengrundlage beschreibt die Wirkungszusammenhänge nur lückenhaft: Zum einen basiert sie hauptsächlich auf Befragungen. Zum anderen war die Situation aufgrund der Pandemie einzigartig und nicht mit Homeoffice in „normalen“ Zeiten vergleichbar. Welchen Effekt das Homeoffice auf die Karriere hat, ist größtenteils offen, aussagekräftige Studien beschränken sich nämlich oft auf einzelne Arbeitgeber oder Branchen.

3 Wann kommt eine neue Wirtschaftskrise?

Erst Corona, dann Krieg in der Ukraine: Die Sorge vor einer Rezession nach einem Schock ist oft groß. Aber Ökonom:innen können nicht genau vorhersagen, ob und wann eine Wirtschaftskrise kommt. Was wie eine Schwäche wirkt, ist konsequent: Krisen sind gemäß Definition nicht vorhersehbar. Wirtschaftswissenschaftliche Analysen bauen auf bereits vergangenen Geschehnissen auf und nutzen die dazu verfügbaren Daten. Wie sich das auf morgen auswirkt, ist offen, weil neue, unvorhersehbare Faktoren hinzukommen können. Billige Kredite und eine Immobilienblase in den USA zum Beispiel waren Alarmzeichen vor der Finanzkrise. Aber auch die aktuell hohe Verschuldung einiger Eurostaaten könnte auf eine neue Krise hindeuten.

4

Wie lässt sich die Inflation exakt steuern?

Nach der Pandemie ging es wirtschaftlich bergauf, zeitgleich sorgte der Krieg in der Ukraine für eine Geldentwertung. Dies kam überraschend und zeigt, wie schwer Inflationssteuerung ist. Denn Inflation wird auch getrieben von Inflationserwartungen: Die Erwartung, dass Preise steigen, sorgt meist bereits dafür, dass dies eintritt. Dadurch entstehen Lohnforderungen, was die Preise abermals in die Höhe treibt. Auch wenn Zentralbanken regelmäßig Inflationserwartungen messen, ist es nahezu unmöglich vorherzusagen, wie sich diese ändern. In der Vergangenheit steuerte die Zentralbank Inflation über den Zins. Wenn die Zinsen aber negativ sein müssten, versagt das Instrument. Erst seit der Energiekrise aufgrund des Ukrainekriegs steigt die Inflation wieder und das Zinsinstrument scheint anwendbar.

5

Was ist eine gerechte Ökonomie?

Die Frage der Gerechtigkeit ist Gegenstand der Philosophie. Ökonomik dagegen blickt auf Ungleichheiten, darauf, wie sie entstehen und welche Folgen sie haben. Dass sie eine Gesellschaft destabilisieren, ist belegt. So zeigen Daten, dass die eigene Zufriedenheit nicht nur davon abhängt, was man persönlich besitzt, sondern auch in Relation zu anderen. Die Wirtschaftswissenschaften können quantifizieren, in welchem Maß Ungleichheit etwa die Kriminalität oder extremes Wahlverhalten fördert. Aber sie kann daraus nicht ableiten, was eine »gerechte« und »gute« Verteilung der Einkommen in der Gesellschaft ist oder wie hoch zum Beispiel Sonderzahlungen während einer Pandemie sein sollten. Es gibt jedoch Forschungsprojekte, die sich der Frage widmen, was Menschen als gerecht empfinden.

6

Wie sollte der Staat Wachstum fördern?

Nach all den Krisen hoffen viele auf ein neuerliches Wirtschaftswachstum. Ökonomische Forschung zeigt, dass Wirtschaftswachstum zu einem großen Teil über technischen Fortschritt entsteht. Aber wie kann er effektiv gefördert werden? Da gehen die Meinungen weit auseinander. Die Ultima Ratio gibt es nicht, aber einige praktische Ansätze: Viele Länder setzen staatliche Anreize für forschende Unternehmen, zum Beispiel über günstigere Steuern. Ob eine Maßnahme wirkt oder nicht, zeigen die Daten nur bedingt. So kann es sein, dass Unternehmen zwar mehr für Forschung und Entwicklung ausgeben. Damit ist aber noch nicht sichergestellt, dass dadurch wirklich etwas Neues entsteht – oder lediglich bereits etablierte Prozesse ein neues Etikett erhalten, um Steuervorteile zu nutzen.

Was sind die Grenzen des Wachstums?

7

Die meisten ökonomischen Theorien beruhen darauf, dass Wachstum zu mehr Lebensqualität führt. Daran gibt es Kritik. Der Club of Rome hat vor 50 Jahren die Grenzen des Wachstums aufgezeigt. Seine Mitglieder empfahlen qualitatives Wachstum, um Knappheiten und Katastrophen zu verhindern. Die Debatte ist in Anbetracht des Klimawandels aktueller denn je. Es gibt auch noch weitere Grenzen des Wachstums, den demografischen Wandel zum Beispiel und den damit zusammenhängenden Fachkräftemangel. Wie viel Wirtschaftswachstum gut für eine Gesellschaft ist und wann die Politik es bremsen muss, um andere wichtige Ziele zu erreichen, ist eine normative Frage und keine ökonomische.



Die Krise der Mütter



Text: DAVID SELBACH

»Mütter sind am Anschlag« und »Rolle rückwärts in die 50er«. Für die Medien scheint ausgemacht, dass die Corona-Krise besonders Frauen getroffen hat. Wir stellen drei Wissenschaftlerinnen vor, die zu dem Thema forschen.

Der Zusammenhang ist naheliegend: Schulkinder waren im Lockdown mit einem Mal den ganzen Tag zu Hause. Erwerbstätige Mütter trugen die Hauptlast, zeigte eine Studie des wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung (WSI) schon im April 2020. Auch hoch qualifizierte Frauen waren von der Doppelbelastung betroffen. Der Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs aus dem Jahr 2021 zeigt: Ohnehin sind nur etwa

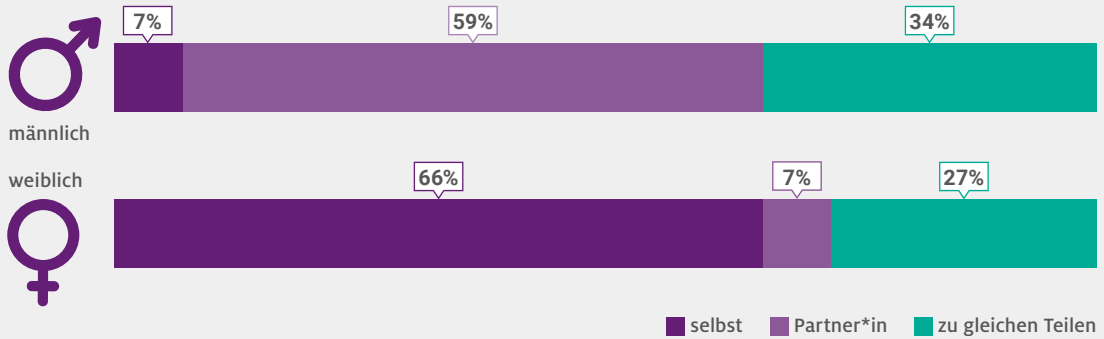
ein Drittel der Forschenden Frauen, auf Professur-Ebene ein Viertel. Während Forschende insgesamt seltener eine Familie gründen als gleichaltrige Hochschulabsolventinnen und -absolventen, haben Männer sowohl in der Promotions- als auch der Post-doc-Phase häufiger Kinder als ihre Kolleginnen.

Gesche Brandt, Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung, erklärt gegenüber der FAZ, dass die Strukturen des wissenschaftlichen Be-



Selbst geschätzter Beitrag zur Kinderbetreuung

Wer übernimmt den größten Teil in der Kinderbetreuung? Eine Umfrage im Jahr 2021 ergab: Meistens die Mütter – und die Väter scheinen ihren Beitrag zur Gleichstellung zu überschätzen.

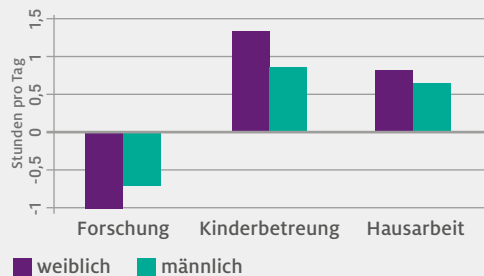


Quelle: Erwerbspersonenbefragung der Hans-Böckler-Stiftung, 2021



Von der Wissenschaftlerin zur Hausfrau?

Für Wissenschaftlerinnen war die Pandemie ein Rückschritt. Sie gaben an, deutlich mehr Zeit in die Kinderbetreuung und Hausarbeit gesteckt zu haben als vorher.

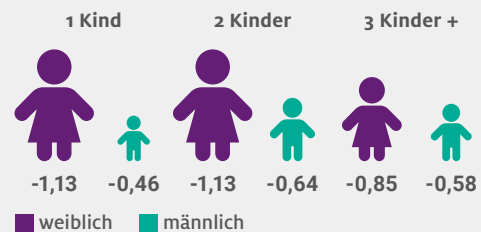


Quelle: NBER Working Paper Series No. 28360, 2021



Weniger Zeit für Forschung

Die Doppelbelastung aus Homeoffice und Kinderbetreuung hat Wissenschaftlerinnen mit Kindern in der Pandemie deutlich stärker getroffen als ihre männlichen Kollegen. So viele Stunden haben Mütter und Väter pro Tag weniger für Forschung aufgewendet:



Quelle: NBER Working Paper Series No. 28360, 2021

triebs es Müttern besonders schwer machen. Befristete Arbeitsverträge, hoher Konkurrenzdruck, das Idealbild des Forschers, der alles für seine Mission opfert. »Ich beobachte oft, dass Kolleginnen von mir alles daransetzen, bloß nicht in die Mutterrolle gesteckt zu werden.« Es war wohl auch diese Gemengelage, die Wissenschaftlerinnen unter die Räder kommen ließ: Mütter haben im März und April 2020 weniger Beiträge zur Veröffentlichung in internationalen wissenschaftlichen Fachzeitschriften

eingereicht als zuvor – Männer bis zu 25 Prozent mehr, hat die Friedrich-Ebert-Stiftung gezählt. Forschende stellten auch fest: Wissenschaftlerinnen mit Kindern haben nicht nur den Löwenanteil der körperlichen Carearbeit übernommen, sondern auch ihr »Mental Load« ist überproportional gestiegen. »All dies führt dazu«, schreiben die Autorinnen, »dass sie im wahrsten Sinne des Wortes nicht den Kopf frei haben, um zu forschen und an ihren Publikationen zu arbeiten«.



Katharina Wrohlich:

»Nicht einmal ein Schock wie die Pandemie ändert etwas an den verfestigten Rollenmustern«



Text: TINA GROLL

Illustration: SARAH MATUSZEWSKI



Die Coronapandemie war eine harte Zeit«, sagt Katharina Wrohlich. Die Ökonomin ist Mutter von drei Kindern im Alter zwischen 8 und 14 Jahren. In der Pandemie war die Professorin für Öffentliche Finanzen, Gender- und Familienökonomie an der Universität Potsdam und Leiterin der Forschungsgruppe Gender Economics am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin doppelt gefordert. Zuhause hatte sie alle drei Kinder im Homeschooling, zugleich wollte sie Forschungsergebnisse liefern. »Es gab unzählige Medienanfragen an das Institut«, erzählt Wrohlich, die seit 20 Jahren am DIW tätig ist und, nach ihrem VWL-Studium an der Universität Wien und an der Georgetown University in Washington, D.C., an der FU Berlin promovierte.

Ihr Mann übernahm – wie immer – die Hälfte der Carearbeit. Schon nach der Geburt des ersten Kindes war die Ökonomin nach dem Mutterschutz ins Institut zurückgekehrt. Das brachte ihr Respekt ein. Wrohlich weiß, wie anstrengend der Spagat zwischen Familie und Beruf ist. Die Pandemie sei für viele Eltern sehr fordernd gewesen, sagt die gebürtige Wienerin, deren Forschungsschwerpunkte die Evaluation von Familien-, Steuer- und Sozialpolitik sowie Analysen von Gender Gaps am Arbeitsmarkt sind.

Gerade hat sie einen Aufsatz mit Kolleg:innen veröffentlicht, in dem sie neue Daten zur Aufteilung der unbezahlten Arbeit während der Pandemie ausgewertet haben. »Im ersten Lockdown 2020 haben sowohl Frauen als auch Männer die Carearbeit zeitlich ausgeweitet. Die ohnehin schon ungleiche Aufteilung der Carearbeit hat sich dabei im ersten Lockdown noch etwas vergrößert. Im zweiten Pandemiejahr sind die Paare dann aber wieder weitgehend zu der Aufteilung zurückgekehrt, die sie vor Corona hatten«, sagt Wrohlich. Eine häufig vermutete Retraditionalisierung belegen die für die Studie verwendeten repräsentativen Daten aus einer Langzeitstudie daher nicht. »Andererseits findet sich auch kein Beleg dafür, dass das anfangs verstärkte Engagement der Männer von Dauer gewesen wäre.« Zwar stieg im Frühjahr 2020 der Anteil der Paare mit paritätischer Arbeitsteilung um wenige Prozentpunkte. »Doch im Winter 2020/21 hatte es sich wieder auf das alte Maß eingependelt«, so die Ökonomin. Und dieses Maß war schon immer von Ungleichheit geprägt: 59 Prozent der Paare mit kleinen Kindern lebten nämlich vor Corona eine recht traditionelle Rollenverteilung, bei der die Frau die meiste unbezahlte Sorgearbeit übernimmt und Teilzeit arbeitet. Bei 29 Prozent strebten die Partner:innen eine gleichberechtigte Aufteilung an, bei neun Prozent war ausschließlich die Frau zuständig und nur drei Prozent der Paare hatten die Rollen getauscht.



»Nicht einmal ein Schock wie die Pandemie ändert etwas an den verfestigten Rollenmustern«, fasst die 44-Jährige nüchtern zusammen. Ehegattensplitting, steuerliche Regelungen bei Minijobs und die beitragsfreie Familienversicherung machten den Mann als Hauptverdiener und die Frau als Nebenverdienerin für Paare ökonomisch am attraktivsten. »Die Faktoren für sich sind nicht so gravierend, aber zusammen führt es dazu, dass Paare bei einer anderen Aufteilung finanzielle Nachteile haben«, sagt Wrohlich und verweist auf den komparativen Kostenvorteil. Schon bei Berufseinstieg gibt es zwischen Männern und Frauen einen Gender-Pay-Gap. Der Grund: Männer wählen meist besser bezahlte Berufe, verhandeln ein höheres Gehalt und streben öfter Führungsposi-

sitionen an, da sie sich als Hauptverdiener sehen. Eine Rolle spielen eben auch die soziale Norm, die ebenso die Partnerwahl präge. Der Mann ist im Schnitt etwas älter als die Frau, hat auch daher oft das höhere Gehalt. »Das Zuverdienerinnenmodell ist das gesellschaftliche Leitbild«, sagt Wrohlich. »Und da sich an den fiskal- und familienpolitischen Rahmenbedingungen in der Pandemie nichts geändert hat, gab es in der Pandemie auch keine Änderung bei der geschlechtsspezifischen Arbeitsaufteilung.« Überdrüssig ist sie des Themas trotzdem nicht. In den letzten 20 Jahren habe es viele Fortschritte gegeben. Noch nie sei das Interesse an genderspezifischer ökonomischer Forschung so groß gewesen. Das stimmt sie optimistisch.



Miriam Beblo:

»Wenn man von der sozialen Norm abweicht, entstehen psychologische Kosten.«



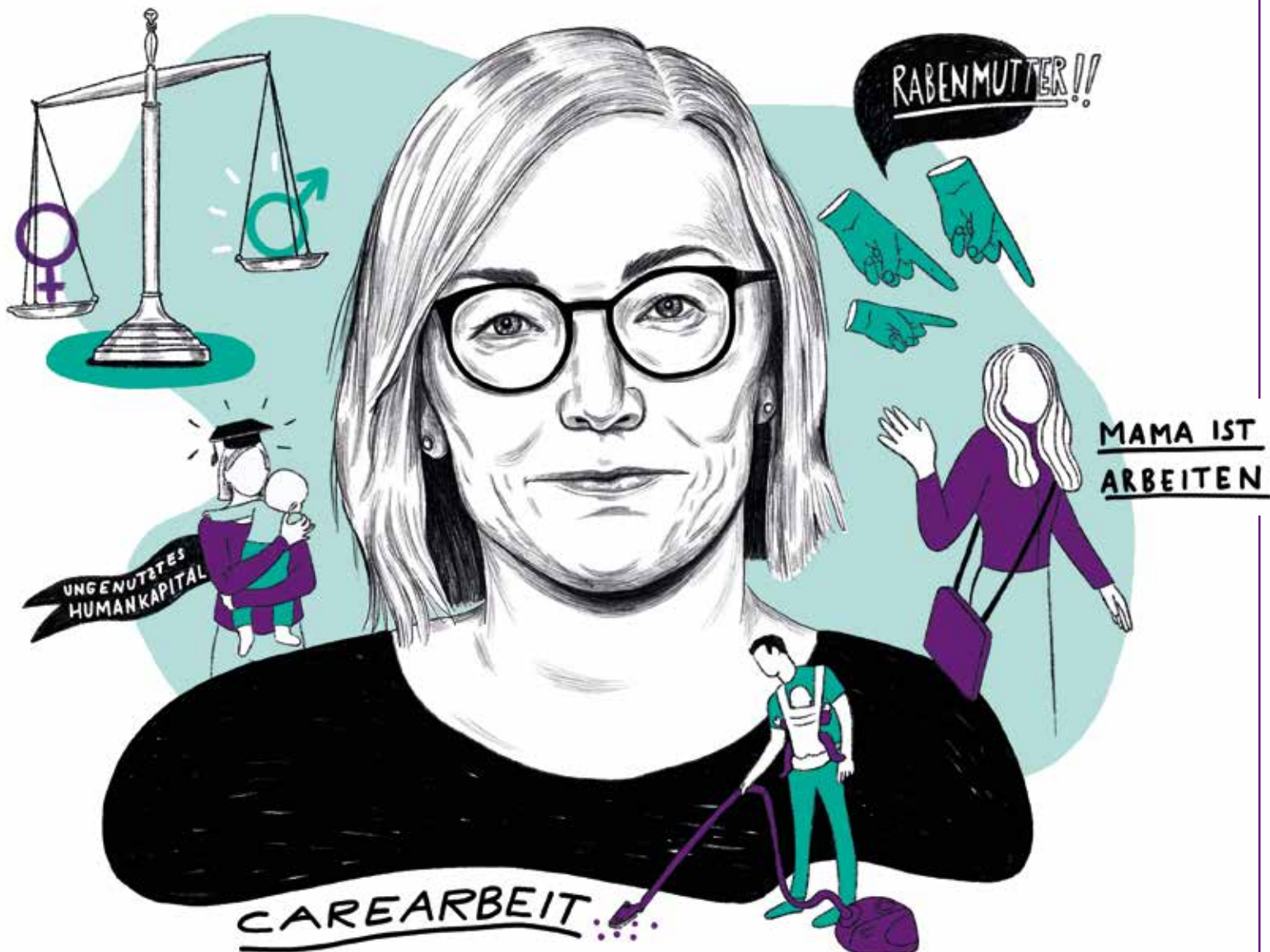
Text: TINA GROLL **Illustration:** SARAH MATUSZEWSKI



Die Coronakrise hat die Ungleichheit freigelegt«, sagt Miriam Beblo. Die Professorin für Volkswirtschaftslehre am Fachbereich Sozialökonomie der Universität Hamburg forscht seit vielen Jahren zu den Themen Arbeit, Familie, Gender und Migration. Der Mikroökonomin liegt der praktische Nutzen ihrer Forschung am Herzen. Während der Pandemie hat sie viele Untersuchungen analysiert. Ihr Fazit: »Der anfängliche Alarmismus über eine mögliche Retraditionalisierung hat sich nicht bewahrheitet, aber weitergekommen sind wir bei der Gleichberechtigung auch nicht.« Bemerkenswert findet die 52-jährige Familienökonomin dennoch, dass es einen kleinen Fortschritt bei Paaren gab, die sonst keine Pionierrolle innehaben: »Bei Paaren, wo die Frau für einen systemrelevanten Job aus dem Haus gehen musste, haben oft Männer die meiste Sorgearbeit übernommen.« Durch die Schließung der öffentlichen Betreuungsinfrastruktur durch Kitas und Ganztagschulen sei sichtbar geworden, dass traditionelle Arrangements immer noch von der Mehrheit der Familien gelebt werden. Beblo ist wichtig, dass die Politik Erkenntnisse der VWL nutzt. Wie wichtig das ist, weiß Beblo auch, weil sie selbst an vielen Stellen ihrer Laufbahn Erfahrung mit wissenschaftsbasierter Politikberatung gesammelt hat, etwa als Forscherin am Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim oder im wissenschaftlichen Beirat für Fa-

milienfragen des Bundesfamilienministeriums. Für die Ökonomin steht außer Frage, dass die Politik die Rahmenbedingungen verändern muss, die das Modell eines Hauptnährers und einer Zuverdienerin attraktiv machen. »Dass die neue Regierung mit der Erhöhung der Zuverdienstgrenzen Minijobs quasi ausgeweitet hat, ist volkswirtschaftlicher Unsinn«, sagt sie. Mädchen haben bessere Noten als Jungen, mehr Frauen machen Abitur und gleich viele Männer wie Frauen beginnen ein Studium. Und dennoch ziehen sich teuer ausgebildete Frauen mit der Familiengründung vom Arbeitsmarkt für unbezahlte Arbeit zurück. »Wir lassen damit einen großen Teil des Humankapitals ungenutzt«, so Beblo.

Die Frage, wie viel diese unbezahlte Arbeit eigentlich wert ist und warum sie nicht in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung auftaucht, habe sie im Studium für die Genderperspektive sensibilisiert. Als Studentin entdeckte sie auch die Mikroökonomie. Damit konnte sie Geschlechteraspekte in der Ökonomie untersuchen. »Wir dürfen bei geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung nicht nur rein finanzielle Anreize im Blick haben. Es gibt auch andere Kosten, die man mit der Identitätsökonomie erklären kann«, sagt Beblo. Denn selbst Frauen, die mehr verdienen als ihr Partner, übernehmen oft das Gros der Sorgearbeit. »Müttern wird diese Aufgabe einfach zugeschrieben. Sie sind etwa in Schule und Kita die



erste Ansprechperson«, sagt die Ökonomin. »Wenn man aber von der sozialen Norm abweicht, dann entstehen psychologische Kosten.« Sprich: Aus Angst davor, die »Rabenmutter« zu sein, übernehmen selbst Frauen als Haupternährerin dann noch die Hauptlast der Sorgearbeit. Miriam Beblo wünscht sich, dass solche Ansätze stärker in den Fokus rücken.

Als Mikroökonomin ist sie auch davon überzeugt, dass Peer-Effekte von einzelnen Beispielen ausgehen können. Daher engagiert sie sich in der Jury des German Equal

Pay Awards, der Unternehmen für fortschrittliches Engagement auszeichnet. Als Mutter einer Teenagerin hofft sie, dass ihr Kind einmal andere Rahmenbedingungen vorfinden wird. Ein Ansatz: Im jüngsten Gleichstellungsbericht, an dem die Hamburgerin mitgeschrieben hat, ist der Vorschlag von zusätzlichen Partnermonaten beim Elterngeld enthalten, die nicht parallel genommen werden dürfen. Warum? »Wir beobachten oft, dass es sonst bei der traditionellen Arbeitsteilung bleibt, wenn der Mann seine Elternzeit zeitgleich mit der Frau nimmt.«



Nicole Fuchs-Schündeln:

»Langfristig könnte das Bruttoinlandsprodukt zwei bis drei Prozent geringer ausfallen.«



Text: TINA GROLL

Illustration: SARAH MATUSZEWSKI

Sie hat die langfristigen Folgen der Coronapandemie für die Volkswirtschaft im Blick: Nicola Fuchs-Schündeln, Professorin für Makroökonomie an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main, hat zu den Auswirkungen der Schulschließungen in der Pandemie geforscht. »Der Fokus lag viel zu stark auf den direkt und sofort anfallenden Kosten, dabei gibt es ökonomische Kosten, die erst viel später auftreten«, sagt die 50-jährige Ökonomin. Fuchs-Schündeln, die Assistenzprofessorin an der Harvard University sowie Gastprofessorin an der Stanford University war und an der Yale-University über das Sparverhalten der Deutschen während der Wiedervereinigung promovierte, hat Daten aus den USA und Deutschland miteinander verglichen. In den Vereinigten Staaten fiel 55 Prozent des Präsenzunterrichts pandemiebedingt aus. In Deutschland waren es 45 Prozent. Das ist zwar etwas mehr Schulzeit in Präsenz, Deutschland ist damit im europäischen Vergleich aber Schlusslicht.

Während dieser Zeit stieg die Bedeutung der Eltern für die Bildung. Einerseits übernahmen sie mehr Betreuung, andererseits waren sie auch ökonomisch gefragt: Denn wer es sich leisten konnte, investierte während der Schulschließungen noch mehr in die Bildung der Kinder

als üblich. Diese Investitionen haben die soziale Spreizung vergrößert und könnten sich auch volkswirtschaftlich noch über Jahrzehnte auswirken, ist die Ökonomin überzeugt. In einer Modellrechnung kommt sie auf zukünftige Einkommenseinbußen für die betroffenen Kinder und Jugendlichen von 1,3 bis 1,7 Prozent – pro Jahr. »Und das summiert sich. Denn Bildungsverluste treffen das Humankapital einer Volkswirtschaft. Langfristig könnte das Bruttoinlandsprodukt zwei bis drei Prozent geringer ausfallen«, sagt Fuchs-Schündeln. Die Kosten der Schulschließungen hätten also eine ähnliche Größenordnung wie der Einbruch des BIP während der Pandemie. Hinzukommt, dass Deutschland vor allem die Abschlussjahrgänge bei der Öffnung bevorzugte, weil sie zuerst wieder in Präsenz unterrichtet wurden. »Aber Bildung baut sich auf. Die Entscheidung, die Älteren zu bevorzugen, die mit Schließungen am besten umgehen können, hat die Bildungsrückstände bei den Jüngeren wahrscheinlich vergrößert«, sagt die Ökonomin.

Sie wünscht sich, dass Politik stärker auch die Potenziale von Menschen in den Blick nimmt, denn auch das betrifft das Humankapital in einer Volkswirtschaft. Würde sich hier der Fokus ändern, könnte dies vielleicht dazu beitragen, die Kosten der Ungleichheit bei der Arbeitsteilung



zwischen Männern und Frauen zu mindern. Aber genau das führt dazu, dass viele gut ausgebildete Frauen dann auch nicht im vollen Umfang der Volkswirtschaft zur Verfügung stehen. Effekte hat dies auch für die Ökonomie: Laut Fuchs-Schündeln hätten sich zu Beginn der Pandemie früh Indikatoren gezeigt, dass junge Ökonominen die wissenschaftliche Karriere zurückgestellt haben –

Fuchs-Schündeln vermutet, weil sie Carearbeit verrichten mussten. Dabei liegt der Frauenanteil unter den Professor:innen in den Wirtschaftswissenschaften bei lediglich 15 Prozent. Eine Quote – für die Ökonomin immer nur die zweite Wahl – könnte dies vielleicht ändern. Sie selbst findet Vorbilder wichtig, die als Role-Model taugen, so wie sie selbst für ihre Studentinnen.





Sicherheitsnetz mit Lücken



Text: ALEXANDER HAGELÜKEN

Der deutsche Sozialstaat kennt viele Formen der Absicherung – und hat diese zur Hochphase der Pandemie erweitert. Verlierer gab es trotzdem.

Die Coronakrise war kein Gleichmacher. Sie löste einen der schwersten ökonomischen Einbrüche der Nachkriegszeit aus und produzierte klare Verlierer. Im Gegensatz zu vorigen Krisen waren diesmal aber andere Branchen (wie die Gastronomie) und andere Berufsgruppen (wie viele Selbstständige) betroffen. Und: Es gelang, die Folgen des Einbruchs durch Wirtschaftspolitik zu dämpfen, wovon viele Bürger:innen profitierten: Von Einmalzahlungen wie Kinderbonus ebenso wie von ausgeweitetem Kurzarbeitergeld und Hilfen an Firmen. Deshalb verschlechterte sich bei vielen die Situation trotz der Krise nicht und einige könnten als Gewinner bezeichnet werden.

Insgesamt fällt auf, dass die Regierung in der Krise weit mehr tat, als nur die Sozialversicherung wirken zu lassen. Aus ihren Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung und jenen der Arbeitgeber:innen erhielten sozialversicherte Arbeitnehmer:innen wie üblich Kurzarbeitergeld oder, falls sie ihre Stelle verloren, Arbeitslosengeld. Die Regierung ging aber weit über das gängige Kurzarbeitsinstrument hinaus: Sie zahlte länger und mehr Kurzarbeitergeld, ersetzte also einen größeren Teil des weggefallenen Gehalts. Zudem erstattete sie Unternehmen höhere Anteile der Sozialversicherung als sonst bei Kurzarbeit üblich.

Beides und gerade Letzteres hat mit einer an Zahlungen in die Arbeitslosenversicherung geknüpften Versicherungsleistung nichts zu tun. Beide Unterstützungen waren nur durch hohe Zuschüsse des Bundes an die Bundesagentur für Arbeit möglich. Die Regierung ging in der Krise also über das Sozialversicherungsprinzip hinaus. Zu sehen waren ein fürsorgender Sozialstaat und aktive Wirtschaftspolitik.

Diese Herangehensweise zeigte sich auch bei den Hilfen, die Firmen und Selbstständige vor einer Insolvenz oder wirtschaftlicher Not bewahren sollten. Auch diesen Hilfen stehen keine Einzahlungen in die Sozialversicherung gegenüber. Genauso ist die Lockerung der

Insgesamt fällt auf, dass die Regierung in der Krise weit mehr tat, als nur die Sozialversicherung wirken zu lassen.

Bedingungen für die Zahlung von Hartz IV zu interpretieren, von der zum Beispiel Selbstständige profitierten. Auch hier gingen keine Einzahlungen in die Sozialversicherung voraus.

Was waren die Ergebnisse eines fürsorgenden Sozialstaats mit aktiver Wirtschaftspolitik? Es ist in der Wissenschaft kaum strittig, dass auf diese Weise Arbeitsplätze, Einkommen und Firmen stabilisiert wurden. Sie wären ansonsten zu Verlierern der Krise geworden: Weniger Arbeitsplätze, geringere Einkommen, mehr Insolvenzen.

Die Ergebnisse unterscheiden sich von früheren Krisen, in denen die Regierung die Folgen wirtschaftlicher Einbrüche weit weniger begrenzte. So verdoppelten sich in der ersten Ölkrise die Arbeitslosenzahlen bereits in den wenigen Monaten zwischen November 1973 und Januar 1974, wenn auch auf niedrigem Niveau. In der Coronakri-

se dagegen stieg die Zahl der Jobsuchenden 2020 nur von 2,3 auf 2,7 Millionen Bürger:innen. Diese Begrenzung zusätzlicher Arbeitslosigkeit gelang trotz stärker schrumpfender Wirtschaftsleistung in der Coronakrise als in fast allen wirtschaftlichen Einbrüchen seit dem Zweiten Weltkrieg – obwohl also die Gefahren größer waren.

Kurzarbeitergeld im Stresstest

Auf dem Höhepunkt der Coronakrise rettete die Regierung durch Kurzarbeitergeld 2,2 Millionen Jobs, so eine Untersuchung des gewerkschaftsnahen Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) sowie Forschenden der Universitäten Kiel und Münster. Die positiven Effekte von Kurzarbeit waren schon vor der Krise erforscht, doch das Instrument nie in diesem Ausmaß eingesetzt: Im April 2020 bezogen sechs Millionen Beschäftigte

Kurzarbeitergeld. Es war ein Testfall, ob das Instrument auch bei so vielen Betroffenen funktionieren würde.

Die Alternative zum Kurs der Bundesregierung wäre gewesen, weit weniger Kurzarbeit zu finanzieren und dadurch die staatlichen Ressourcen zu schonen. Diese Ersparnis wäre in Ausgaben für andere Bereiche, eine geringere Schuldenaufnahme oder niedrigere Steuern umzumünzen gewesen.

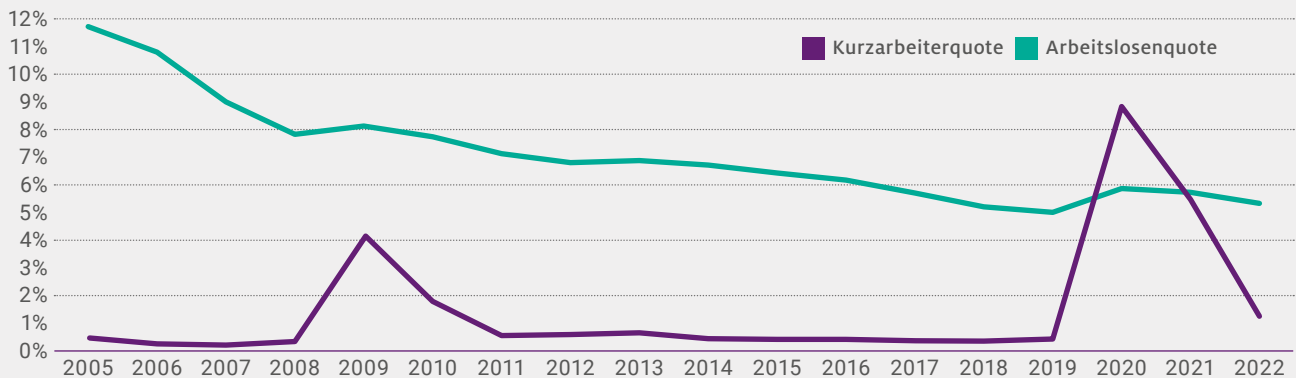
Nimmt man die IMK-Untersuchung zum Maßstab, hätten die Unternehmen in diesem Fall allerdings viele hunderttausende Beschäftigte entlassen. Arbeitslosigkeit führt zu Mindereinnahmen bei Steuern und Sozialbeiträgen, außerdem muss Arbeitslosengeld ausgezahlt werden und – nach einem Jahr – Hartz IV, das Bürgergeld.

Es gibt noch weitere negative Effekte. Je länger jemand arbeitslos ist, desto mehr werden seine Qualifikationen entwertet, was Ausgaben für seine Neu- ▶▶



Lieber Kurzarbeiter:innen statt Arbeitslose?

In der Coronapandemie wurde der Zugang zur Kurzarbeit erleichtert. Das Ergebnis: Eine kaum gestiegene Arbeitslosenquote.



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, SV-Beschäftigte, Stand 24.02.2023

qualifikation verursacht. Auch sinkt mit zunehmender Arbeitslosigkeit oft das Selbstwertgefühl, was den Wiedereinstieg ins Berufsleben erschwert. Gelingt es Firmen nicht, bei verbesserter konjunktureller Lage den Arbeitskräftebedarf rasch zu decken, entgehen ihnen Umsätze und der Volkswirtschaft Wirtschaftsleistung.

Der massive Einsatz von Kurzarbeitergeld in der Coronakrise hatte noch einen weiteren Effekt über die Rettung von Arbeitsplätzen hinaus: Er stabilisierte auch Einkommen, zusammen mit weiteren Zahlungen an die Bürger:innen und Stabilisierungshilfen für die Firmen.

Ohne staatliche Eingriffe wäre das Bruttoeinkommen der Deutschen 2020 um 5 Prozent geschrumpft. Die politischen Eingriffe reduzierten das Minus auf im Schnitt nur 0,8 Prozent des Bruttoeinkommens, ermittelten 2021 das ifo Institut und das Forschungszentrum der EU-Kommission, die frühere Berechnungen bestätigten. »Ein Verlust von 100 Euro Einkommen aus Gehalt konnte in einen Verlust von 20 Euro an real verfügbarem Einkommen abgemildert werden«, erklärt Studienautor Andreas Peichl.

Weil die meisten Bürger:innen bald nicht mehr um ihren Arbeitsplatz fürchten mussten und ihr Einkommen gesichert wurde, konsumierten sie weitaus mehr. Der Staat stabilisierte so die Konjunktur und reduzierte die Schwere der Krise. Lange Zeit war durch die Coronakrise ein größerer Einbruch befürchtet worden als in der Finanzkrise 2009, als die Wirtschaftsleistung um 5,7 Prozent schrumpfte.

Die Alternative? Pleiten.

Was wäre geschehen, wenn die Einkommen nicht stabilisiert worden wären und viele Bürger:innen ihre Stellen verloren hätten? Entlassene erleiden teils massive Einkommensverluste, weil zu viele Arbeitssuchende auf zu wenig Jobs treffen, Unternehmen also Löhne nach unten korrigieren kön-



Hermann Vetter (59) »Unser Geschäft ist komplett zum Erliegen gekommen.«

»Vor fast 30 Jahren habe ich den familieneigenen kleinen Metzgerei- und Partyservice übernommen. Heute bin ich Geschäftsführer und Inhaber eines Cateringunternehmens mit dem Schwerpunkt Messegastronomie. Großveranstaltungen sind unser Geschäftsmodell. An den Beginn der Pandemie erinnere ich mich deswegen noch ganz genau: Es war Sonntag, der 10. März 2020, als ich in den Nachrichten gehört habe, dass die Regierung alle Großveranstaltungen bis auf weiteres aussetzen will. Zwei Tage später war bei uns in der Messe Freiburg eigentlich ein großes Konzert geplant. Eine offizielle Regelung oder ein Verbot gab es am Wochenende noch nicht, das kam erst um 12:30 Uhr am Veranstaltungstag. Ab diesem Moment ist unser gesamtes Geschäft von einem auf den anderen Tag komplett zum Erliegen gekommen. Alle Ausstellungen, Konzerte und Firmenfeiern wurden abgesagt, wir hatten keine Möglichkeit mehr, Umsatz zu generieren. Es war wie in einem Alptraum. Zu dem Zeitpunkt hatte ich 26 Festangestellte und rund 200 Aushilfen in Küche und Service. Keiner wusste damals, wie lange die Schließung dauern würde. Ich habe jeden Tag an Insolvenz gedacht. Anfang April haben wir dann erst einmal 30.000 Euro staatliche Soforthilfe erhalten. Bei einem Unternehmen unserer Größe deckt das ungefähr drei Wochen lang die laufenden Kosten. Wirklich entlastet hat uns die Zahlung also nicht. Um trotzdem irgendwie über die Runden zu kommen, haben wir alle Urlaubstage und Überstunden der Mitarbeiter auf eigene Kosten abgebaut und anschließend Kurzarbeit beantragt. Bis Oktober 2020 war unsere Situation wirklich äußerst kritisch. Dann kam die Überbrückungshilfe 1 und wir haben 75 Prozent des Umsatzes aus 2019 erhalten. Ich konnte zum ersten Mal seit Pandemiebeginn ein kleines bisschen durchatmen. Über den Berg waren wir damit allerdings noch nicht. Im Laufe der Coronazeit sind die Hälfte unserer Festangestellten in andere Branchen gewechselt. Ab Mai 2022 hat sich die Situation für uns wieder einigermaßen normalisiert. Die Überbrückungshilfe 4 haben wir erst im Oktober 2022 erhalten. Unsere Rücklagen haben stark gelitten, aber immerhin konnten wir die Zeit nutzen, um uns intern neu aufzustellen. Mit dem kleineren Team und etwas verminderten Kapazitäten arbeiten wir momentan sehr effizient. Der Sommer 2022 war gut, viele Unternehmen haben ihre Events nachgeholt. Das gibt Hoffnung.«

Es mussten Maßnahmen ergriffen werden, die auch die Nachfrage stimulieren.

nen. Diese Menschen geben entsprechend weniger aus, was in eine gesamtwirtschaftliche Nachfrageschwäche hätte münden können. So weit kam es aufgrund des Kurzarbeitergeldes nicht.

Ökonomische Logik kann nicht nur die von John Maynard Keynes konzipierte staatliche Nachfragestimulierung beanspruchen, sondern auch die umfangreiche Hilfe für Firmen und Selbstständige. Unternehmensschließungen sollten im Corona-Lockdown im Frühjahr 2020 die Ausbreitung des Virus dämpfen. Infolgedessen nahm das Warenangebot ab. »Daraus ergibt sich die dringliche Notwendigkeit, die Angebotsseite wirtschaftlich zu stärken, da die betroffenen Unternehmen plötzlich ohne Einnahmen waren«, so der Ökonom Gustav A. Horn. Die Alternative? Wären keine Firmenhilfen gezahlt worden, hätten Bundesregierung und Bundesländer auch in diesem Fall geringere Ausgaben gehabt, mit den oben beschriebenen Vorteilen. Weil die Firmenhilfen Insolvenzen verhinderten, stützten sie Einkommen, Beschäftigung und Konjunktur.

Minijobber:innen haben verloren

Bemerkenswert ist die Wirkung der Kurzarbeit, weil sie unter anderen Bedingungen eingesetzt wurde als in der Finanzkrise: Während damals vornehmlich (auch wegen des hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrads) gut bezahlte Industriebeschäftigte kurzarbeiteten, waren es diesmal zusätzlich viele schlechter Bezahlte in Dienstleistungsbranchen.

Dadurch zeigten sich außerdem Grenzen des Instruments. Bei manchen Kurzarbeiter:innen wurde es finanziell eng, weshalb sie zugleich Gewinner wie Verlierer der Krise waren. Das IMK rechnet vor: In der Finanzkrise lag das Einkommen von durchschnittlichen Kurzarbeiter:innen vor der Kurzarbeit bei gut 2.100 Euro netto im Monat, durch die Kurzarbeit verlor jede einzelne Person 180 Euro. Diesmal waren die Zahlen andere: Das Einkommen der Durchschnittskurzarbeiter:innen war mit 1.700 Euro niedriger und fiel im April 2020 auch stärker, nämlich um 300 Euro, jede Person büßte also ein Fünftel ein. Dadurch blieben ihr weniger als 1.400 Euro im Monat. Deshalb kam es zu Forderungen, das Kurzarbeitergeld solle künftig ein Mindesteinkommen sichern, sich also nicht mehr nur prozentual am vorherigen Gehalt orientieren.

Ungleich stärker traf es viele, die kein Kurzarbeitergeld bekamen. Minijobber:innen etwa oder (Solo-)Selbstständige, die nicht in die Arbeitslosenversicherung einzahlen, waren oft klare Corona-Verlierer. Dass sie keine Kurzarbeitshilfe bekamen, sorgte für Unmut, war aber ordnungspolitisch konsequent. Denn sonst wäre das Versicherungsprinzip noch stärker gebrochen worden, wonach nur Kurzarbeitergeld bekommt, wer Beiträge in die Arbeitslosenversicherung einzahlt.

Die große Betroffenheit dieser Gruppen hat damit zu tun, dass die Coronakrise stark eine Dienstleistungskrise war. Bei früheren wirtschaftlichen Einbrüchen galt: Gegessen und eingekauft wird immer. In der ►►



Lovis Stricker (29)
**»Beruflich gesehen
 hat die Pandemie
 mir Türen geöffnet.«**

»Eventorganisation hat mir schon immer gelegen. Ich habe zuerst den Abiball meiner Schule geplant und während meines Wirtschaftsingenieur-Studiums dann auch kleinere Messen und Festivals veranstaltet. Es macht mir Spaß, Veranstaltungen zu organisieren, und gleichzeitig konnte ich viel Erfahrung sammeln. Als Corona kam, ging das natürlich nicht mehr. Der gesamte Vorlesungsbetrieb an der Uni wurde auf Online-Lehre umgestellt, ich musste mich auf die Suche nach einem neuen Job machen. Über meine Freundin bin ich ziemlich zufällig zu Aspilos gekommen. Das Unternehmen war noch sehr jung, erst im März 2020 gegründet, mit anfangs nur drei Mitarbeitern. Unabhängig von Corona hat mein damaliger Chef die Firma aufgebaut, um kontaktlose Desinfektionsspender aus Taiwan in Deutschland zu vertreiben. Dass eine globale Pandemie ausbricht und die Nachfrage nach Hygieneprodukten durch die Decke schießt, hat natürlich auch er nicht kommen sehen. Aus Unternehmersicht war es ein absoluter Glücksfall!

Ich habe bei Aspilos als Werkstudent angefangen, schnell kamen mehr und neue Aufgaben hinzu. Der Bedarf stieg rasant. So hat Aspilos die Produktpalette bald um Masken und Schutzhandschuhe erweitert. In anderen Ländern wurden im Spätsommer 2020 Corona-Schnelltests zum Thema, Deutschland war noch nicht so weit. Wir haben uns also mit Laboren in Verbindung gesetzt, Informationen eingeholt und erste Test-Kits bestellt. Am 21. Dezember hat sich die Stadtverwaltung Heidelberg bei uns gemeldet und fünf Tage später haben wir das erste Testzentrum der Region eröffnet. Ein organisatorisches Meisterwerk. Das war noch vor der Zeit der kostenlosen Bürgertests. Als dann im März die Einzelheiten zur Finanzierung öffentlich wurden, sind Testzentren wie Pilze aus dem Boden geschossen. Jeder hat ein großes Geschäft gewittert, aber ein Testzentrum ist mit unglaublich viel Arbeit verbunden.

Zum Höhepunkt der Pandemie haben wir mehr als 50 Teststationen betrieben. Oft haben wir auch zu spüren bekommen, wie unzufrieden viele Menschen mit der Testpflicht waren. Für mich persönlich war es zudem eine große Doppelbelastung. Denn bis September 2021 habe ich parallel meine Masterarbeit geschrieben. Aber es hat sich gelohnt. Direkt nach dem Abschluss habe ich ein Angebot bekommen: Ich stieg vom Werkstudenten zum Geschäftsführer von Aspilos auf. Dass ich von Anfang an ernst genommen wurde und aktiv mitgestalten konnte, war nicht selbstverständlich. Ich bin sehr dankbar für die Chance.«

In der Corona- krise erwies sich, wie prekär, unsicher und kurzarbeiter- geldlos die Minijobs sind.

Pandemie aber durften die Kunden lange Zeit schlicht nicht ins Restaurant, ins Modegeschäft, ins Nagelstudio oder in die Konzerthalle, wo viele Selbstständige und Minijobber:innen arbeiten. Die Zahl der Minijobs schrumpfte allein von März bis Mai 2020 um 7,5 Prozent, während die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nur um 1,3 Prozent abnahm.

In späteren Lockdowns schrumpfte die Zahl der Minijobs weiter. Die Politik hatte für diese Gruppe wie auch für Selbstständige Hilfen parat: Sie erleichterte den Zugang zu Hartz IV, was wegen des Stigmas dieser Nothilfe zwar für Empörung sorgte, sich aber aus dem beschriebenen Versicherungsprinzip ableiten lässt.

Die mangelnde Absicherung vieler Minijobber:innen und Soloselbstständigen ohne große Ersparnisse hat eine lebhafte Reformdebatte ausgelöst. Dabei schlugen Wissenschaftler:innen vor, Minijobs auf Rentner:innen und Studierende zu beschränken und sie ansonsten abzuschaffen, weil sie die Nutzer durch die Brutto-für-Netto-Auszahlung oft in perspektivlose, ge-

ring bezahlte Beschäftigung ohne Absicherung locken. In der Coronakrise erwies sich, wie prekär, unsicher und kurzarbeitergeldlos die Minijobs sind. Auch über Selbstständige wurde debattiert. So schlugen Ökonom:innen vor, Selbstständige verpflichtend in die Arbeitslosenversicherung aufzunehmen.

Beide Vorschläge laufen darauf hinaus, das Sozialversicherungsprinzip zu erweitern und Freiheitsgrade bei der Berufsausübung zu beschränken. Arbeitnehmende könnten sich nicht mehr dafür entscheiden, mit einem Minijob auf Absicherung in der Sozialversicherung zu verzichten; Selbstständige könnten nicht mehr auf eine kollektive Absicherung gegen Arbeitslosigkeit verzichten. Die alte wie die neue Bundesregierung haben sich keinem dieser Vorschläge angeschlossen.

Was die gesellschaftlichen Schichten betrifft, ist das Bild der Gewinner und Verlierer gemischt. Weil die Coronakrise Firmen und Selbstständige traf, musste auch mancher aus der Oberschicht erhebliche Verluste hinnehmen. Gleichzeitig verstärkte die Pandemie Trends wie den Online-Handel, Lieferdienste oder Videokonferenzen. Das bot Unternehmer:innen neue Perspektiven. Bemerkenswert ist daneben, dass übliche Verlierer wirtschaftlicher Einbrüche wie Vermögende mit großen Aktienpaketen diesmal gerade nicht zu den Verlierern zählen. Der Deutsche Aktienindex stand Ende 2020 wieder genauso hoch wie bei Ausbruch der Pandemie. Unterm Strich darf die Oberschicht daher zu den Gewinnern der Krise zählen.

Fehlender Konsum, weniger Nutzen

Die Mittelschicht konnte sich zum großen Teil über gesicherte Einkommen und Arbeitsplätze freuen – und sogar über zusätzliche Ersparnisse. Diese waren allerdings die Folge erzwungenen Konsumverzichts im Lockdown, weshalb der Vermögenszuwachs als zwiespältig angesehen werden kann. ►►



Katharine Guthke (35)

»Es war einfach zu viel.«

»Wir haben vier Kinder, die jüngsten sind Zwillinge und wurden im Februar 2020 geboren – also kurz bevor es in Deutschland so richtig mit Corona losging. In unserer Familie bin ich berufstätig, mein Mann kümmert sich um die Kinder. Zu Beginn der Pandemie war nur unser ältester Sohn schulpflichtig, das hat noch ganz gut funktioniert. Ich war ohnehin in Elternzeit und konnte ihn bei den Schulaufgaben unterstützen. Einfach war es aber nicht. Ich bin IT-Servicemanagerin, keine Lehrerin. Viele Dinge konnte ich ihm nicht so gut erklären. In der zweiten Homeschooling-Phase wurde es noch schwieriger. Wir hatten zwei Schulkinder und ich habe parallel Vollzeit aus dem Homeoffice gearbeitet. Die erste Herausforderung war, alle mit technischen Geräten zu versorgen. Ich hatte einen PC für die Arbeit, aber für die Kinder mussten wir Standrechner aus gebrauchten Teilen zusammengebastelt. Noch schwieriger war die Betreuungssituation. Da die zwei Ältesten aus Platzgründen ohnehin bei mir im Arbeitszimmer sitzen mussten, habe ich versucht, gleichzeitig Job und Homeschooling zu jonglieren. Mein Mann hat sich währenddessen um die beiden Kleinsten und den Haushalt gekümmert. Es war ein unmögliches Pensum, der tägliche Stress hat mich immer mehr belastet. Im Juli 2021 war es dann endgültig zu viel und ich bin zusammengebrochen. Ich wurde krankgeschrieben, habe mich psychologisch betreuen lassen. Gleichzeitig Vollzeitbeschäftigte, Mutter und Lehrerin zu sein, hält man nicht ewig durch. In dieser Zeit war mein Krankengeld unser einziges Einkommen. Das hat einigermaßen gereicht, viele organisatorische Dinge sind aber liegengeblieben, weil wir keine Kapazitäten hatten, uns darum zu kümmern, zum Beispiel die monatlichen Raten, mit denen wir unser Haus abbezahlen. Nachdem ich elf Monate krankgeschrieben war, hat mein Arbeitgeber mir dann betriebsbedingt gekündigt, einen Monat bevor ich gesundgeschrieben wurde. Aktuell bin ich deshalb auf Jobsuche. Ich bin eigentlich davon ausgegangen, dass ich relativ schnell einen neuen Job finden werde. Aber es gestaltet sich schwieriger als ich dachte. Unsere finanzielle Situation hat sich durch Corona deutlich verschlechtert, aber unser Familienleben hat noch stärker gelitten. Ich hoffe jetzt auf eine Stelle mit flexiblen Arbeitszeiten und Homeoffice-Option, sodass ich mehr für meine Kinder da sein kann. Es ist für uns wirklich wichtig, von weiteren Schulschließungen verschont zu bleiben. Das war eine zu große Zumutung und ich glaube nicht, dass die nächste Homeschooling-Phase viel besser laufen würde.«

Der Deutsche Aktienindex stand Ende 2020 wieder genauso hoch wie bei Ausbruch der Pandemie.

Denn zum einen entgeht der Mittelschicht damit auch Nutzen, den sie aus ihrem Konsum hätten schöpfen können. Und zum anderen, vereinfacht gesagt, schlägt sich der fehlende Konsum in sinkenden Umsätzen bei Unternehmen nieder und könnte schlimmstenfalls in Entlassungen und Lohnsenkungen münden. Unterm Strich hatte die Mittelschicht eher keine Verluste – zum Beispiel weil sie durch das Sozialversicherungssystem gut abgesichert waren. Geringverdienende waren in der Krise am härtesten getroffen. Allerdings profitierten auch sie etwa vom Kinderbonus und davon, dass Massenarbeitslosigkeit verhindert wurde. Verschiedene Forscher:innen verneinen deshalb eine Zunahme der Ungleichheit.

Wenn jemand arbeitslos wurde, waren es gerade Arbeitnehmende in atypischen Beschäftigungsformen wie Minijobber:innen oder Leiharbeiter:innen. Und wenn es durch Kurzarbeit finanziell knapp wurde, dann gerade bei dieser Gruppe, bei der Unternehmen auch seltener das Kurzarbeitergeld aufstockten. Noch im Januar 2022 empfand fast jeder zweite Geringverdienende seine Finanzlage als belastend, so eine Umfrage des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung. —●●





Rat in Zeiten der Unsicherheit



Interview: MIRJAM STEGHERR

Jakob von Weizsäcker hat in der Corona-pandemie das Bundesfinanzministerium als Chefökonom beraten. Jetzt ist er selbst Landesfinanzminister. Im Interview erzählt er, worauf es in Krisenzeiten ankommt, wie gute Beratung funktioniert und vor welcher Aufgabe die Wirtschaftswissenschaften stehen. »»

Jakob von Weizsäcker,
Finanzminister im Saarland im
Gespräch mit **Mirjam Stegherr**



Joachim Herz Stiftung: **Herr von Weizsäcker, Sie sind seit einem halben Jahr Landesminister der Finanzen und für Wissenschaft im Saarland, eine ungewöhnliche Kombination. Warum passen aus Ihrer Sicht Finanzen und Wissenschaft so gut zusammen, dass sie in ein Ressort gehören?**

Jakob von Weizsäcker: Die Kombination ist ungewöhnlich, aber bereichernd im doppelten Wortsinn. Ein Großteil unseres Wohlstands und unserer Finanzkraft ist ein Ergebnis des wissenschaftlichen Fortschritts. Umgekehrt verdanken wir wesentliche Teile dieses Fortschritts der öffentlichen Finanzierung der Wissenschaft. Das ist ein fundamentaler Zusammenhang. Ganz praktisch hilft mir die Finanzwissenschaft, als Finanzminister klarer über staatliche Staatseinnahmen und Staatsausgaben nachzudenken und hoffentlich auch, besser zu entscheiden.

Wie profitieren Sie davon, dass Sie bereits in der Wissenschaft, Politik und Verwaltung gearbeitet haben?

Diese persönlichen Erfahrungen helfen mir dabei, Handlungsoptionen auf ihre wissenschaftlich überprüfte Wirksamkeit, auf die verwaltungstechnische Umsetzbarkeit und auf die politische Mehrheitsfähigkeit abzuklopfen.

Wie hat es Ihre Rolle als ökonomischer Berater gestärkt, dass Sie selbst Politiker waren und die Zwänge der Politik kennen?

Ich würde ungern von Zwängen der Politik sprechen, sondern lieber vom politischen Möglichkeitsraum. Fiskalisch wird er durch die Bud-



JAKOB VON WEIZÄCKER

ist Minister der Finanzen und für Wissenschaft im Saarland. Er war von 2019 bis 2022 Abteilungsleiter für Grundsatzfragen und internationale Finanzpolitik (Chefökonom) im Bundesfinanzministerium. Nach dem Regierungswechsel in Berlin leitete er in Genf kurzzeitig das Sekretariat der gemeinsamen Task Force der G20 Finanz- und Gesundheitsminister mit dem Ziel, die Lehren aus der Coronakrise für die Verbesserung der weltweiten Pandemiebereitschaft zu ziehen. Ende April wurde er in die neue Landesregierung des Saarlands berufen. Nach dem Studium der Physik und Volkswirtschaftslehre arbeitete er unter anderem bei Hans-Werner Sinn in München, bei der Weltbank in Washington DC und beim Brüsseler Thinktank Bruegel. Von 2014 bis 2019 war er Mitglied des Europäischen Parlaments. Seit 1994 ist er Mitglied der SPD.

getrestriktion bestimmt, politisch zusätzlich durch die Macht- und Mehrheitsverhältnisse. Wenn es Politik und ökonomischer Politikberatung gelingt, gemeinsam diesen Möglichkeitsraum einigermaßen akkurat zu vermessen, dann kann man mutiger voranschreiten. Dann muss man nicht permanent Angst haben, gegen die Wand zu laufen.

Welche Möglichkeiten hat denn die Ökonomie, politische Entscheidungen zu lenken?

Sie kann dazu beitragen, Konsequenzen von Entscheidungen besser abzuschätzen. Aber sie kann politische Entscheidungen nicht ersetzen. Die Idee, man müsse nur lange genug nachdenken, bis eine Entscheidung objektiv richtig sei, ist falsch und sogar gefährlich. Es gibt in einer Gesellschaft immer unterschiedliche Präferenzen und Interessen. Es ist Teil der Demokratie, diese Interessen auszutarieren. Das ist die Domäne der Politik. Aber die Politik muss wissenschaftlichen Rat suchen. Sonst agiert die Demokratie im Blindflug.

Als Chefökonom im Bundesfinanzministerium hatten Sie einen besonderen Zugang zur Politik. Wie hat das Austarieren der Interessen in der Pandemie funktioniert?

Die Herausforderung war, komplexe finanz- und wirtschaftspolitische Entscheidungen, die unter hohem Zeitdruck und unter großer Unsicherheit zu treffen waren, beratend zu begleiten. Dabei hat die Ökonomenrunde sehr geholfen. Sie bestand aus vielen exzellenten Ökonomeninnen und Ökonomen, die der

Bundesregierung in Online-Diskussionrunden ihren Rat in Echtzeit zur Verfügung gestellt haben. Dieses gemeinsame Engagement fürs Land aus ganz unterschiedlichen Perspektiven hat die Qualität der Entscheidungsfindung in dieser Ausnahmesituation deutlich verbessert.

Wolfgang Schäuble hatte kritisiert, dass die Ökonomie in der Debatte vernachlässigt werde und der Gesundheitsschutz alle Entscheidungen dominiere. Wie haben Sie das erlebt?

Auszuschließen ist ein solcher Widerspruch zwischen Wirtschaftsangelegenheiten und Gesundheitsangelegenheiten sicherlich nicht, aber oft gab es ihn überhaupt nicht. So können unzureichende Schutzmaßnahmen gegen eine Pandemie verheerende Folgen für die Gesundheit und Wirtschaft haben. Und umgekehrt können übertriebene Schutzmaßnahmen gesundheitlich und wirtschaftlich schaden. Zum Beispiel können zu lange Schulschließungen die junge Generation sowohl psychologisch wie wirtschaftlich stark beeinträchtigen.

Wie haben Sie solche interdisziplinären Aspekte in Ihre Überlegungen einbezogen?

Es hat sicherlich geholfen, dass einige aus der Runde in interdisziplinären Autorentams mitgearbeitet haben, zum Beispiel am Papier der Leopoldina. Für bestimmte Fragen wurden dann auch zusätzliche Experten eingeladen, darunter auch Christian Drosten.

Wer die richtigen Expertinnen und Experten sind, war auch im

Sachverständigenrat der Bundesregierung ein kritisches Thema. Wie haben Sie entschieden, wer eingeladen wird?

So gut es ging, haben wir versucht, die spannendsten und engagiertesten Leute einzuladen, derer wir habhaft werden konnten – bewusst mit ganz unterschiedlichen Perspektiven!

Wie ist am Ende aus den ganzen Beratungen eine konkrete Empfehlung entstanden?

Vermutlich war sogar einer der Vorteile dieser Online-Runden, dass sie den politischen Entscheidungsträgern aus Finanzministerium, Wirtschaftsministerium und Kanzleramt nicht einen rundgeschliffenen Konsentext abliefern mussten, sondern ein Stimmungsbild in Echtzeit geben konnten.

Auch die G-20-Staaten haben anschließend zusammengearbeitet, um die Resilienz bei Krisen zu erhöhen. Wie haben Sie den Austausch erlebt?

Unmittelbar nach Ausbruch der Pandemie, damals unter saudischer G20-Präsidentschaft, stand die akute Bekämpfung der Pandemie verständlicherweise im Mittelpunkt. Unter der darauffolgenden italienischen und der aktuellen indonesischen G20-Präsidentschaft konnte man sich dann zunehmend der Frage widmen, welche Lehren man aus der Coronapandemie ziehen sollte und wie sich die globale Pandemiebereitschaft verbessern lässt. Interessanterweise hat die G20 dafür ihre Gesundheits- und Finanzministerien gemeinsam beauftragt. Das zeigt, wie wichtig die interdisziplinäre Zusammenarbeit ist. Eine kurze Zeit, bevor ich Finanz-

minister im Saarland wurde, durfte ich sogar das Sekretariat für diese Zusammenarbeit leiten. Interessanterweise war die G20-Arbeit zur Pandemiebereitschaft auch dann noch möglich, als die Zusammenarbeit mit einem Mitglied weitgehend auf Eis gelegt werden musste.

Mit Russland. Der Angriffskrieg auf die Ukraine hat auch für die Wirtschaft eine neue Krise heraufbeschworen.

Ja, wobei das Wort Krise noch zu wenig ausdrückt, welche schlimmen Konsequenzen dieser Krieg hat. Es ist richtig, dass wir wieder eine Situation mit großer Unsicherheit erleben. Und auch wenn jetzt außen- und sicherheitspolitische Aspekte im Vordergrund stehen, spielt die volkswirtschaftliche Beratung wieder eine große Rolle. Dies gilt insbesondere für den Umgang mit dem Energiepreisschock.

Wo sehen Sie die größte Herausforderung für die wirtschaftswissenschaftliche Kommunikation?

Die Volkswirtschaftslehre ist in der angenehmen Situation, dass sich Gesellschaft und Medien für ihre Erkenntnisse interessieren. Aber sie ist eine Disziplin mit stark ausgeprägten Denkschulen und einer schnellen Methodenevolution. So spielt beispielsweise bei jüngeren Volkswirtinnen und Volkswirten die empirische Fundierung eine immer größere Rolle. Eine freudvollere Viestimmigkeit und ein konstruktiveres Miteinander würden helfen, noch wirkungsvoller aufzutreten. Das ist uns in der Coronazeit gut gelungen. Und es wäre schön, wenn wir daran anknüpfen könnten. —●●



<BIG GOVERNMENT>

Bofinger, P., Dullien, S., Felbermayr, G., Fuest, C., Hüther, M., Südekum, J., Weder di Mauro, B. 2020. Wirtschaftliche Implikationen der Corona-Krise und wirtschaftspolitische Maßnahmen. In: Wirtschaftsdienst – Zeitschrift für Wirtschaftspolitik 100 (4), S. 259-265. URL: https://www.ifo.de/DocDL/PM-COVID-19_2020-03-11.pdf

David, A., Dienes, C., García Schmidt, A., Kay, R., Rosenberger, T., Sajons, C., Sängler, R., Schäfer, S., Terstriep, J. 2022. Unternehmerisches Handeln und staatliche Unterstützungsmaßnahmen in der COVID-19-Pandemie. ReCOVery Policy Brief. Gelsenkirchen: Institut Arbeit und Technik. URL: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fleadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/NW_ReCOVery.pdf

Di Nola, A., Kaas, L., Wang, H. 2022. Rescue Policies for Small Businesses in the COVID-19 Recession. SAFE Working Paper No. 343. URL: https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=4064899

Dörr, J., Murmann, S., Licht, G. 2021, Februar. The COVID-19 Insolvency Gap: First-Round Effects of Policy Responses on SMEs. Discussion Paper No. 21-018. ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim. URL: https://papers.ssrn.com/sol3/Delivery.cfm/SSRN_ID3783768_code4578507.pdf?abstractid=3783768&mirid=1

Haucap, J. 2020. Staat am Steuer. In: Analysen und Standpunkte. ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim. S. 20-27.

Heinemann, F. 2022. Moving from Broad to Targeted Pandemic Fiscal Support. In-Depth Analysis requested by the ECON committee. Economic Governance Support Unit / European Parliament. URL: [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/IDAN/2022/689476/IPOL_IDA\(2022\)689476_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/IDAN/2022/689476/IPOL_IDA(2022)689476_EN.pdf)

Mazzucato, M. 2021. Mission – Auf dem Weg zu einer neuen Wirtschaft. Campus.

Stiel, C., Kritikos, A.S., Block, J., Priem, M. 2021, März. Soforthilfe für Selbstständige wirkt vor allem positiv, wenn sie rasch gewährt wird. DIW Aktuell Nr. 60. März 2021: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin. URL: https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.812706.de/diw_aktuell_60.pdf

<BILDUNG>

EY. 2020, Oktober. EY Studierendenstudie 2020. StudentInnen in Deutschland: Werte, Ziele, Perspektiven. URL: https://assets.ey.com/content/dam/ey-sites/ey-com/de_de/news/2020/12/ey-studierenden-studie-2020-branchen.pdf

Ravens-Sieberer, U., Devine, J., and Napp, A., Kaman, A.; Saftig, L., Gilbert, M., Reiss, F., Löffler, C., Simon, A., Hurrelmann, K., Walper, S., Schlack, R., Hölling, H., Wieler, L. H., Erhart, M. 2022, Dezember. Three Years into the Pandemic: Results of the Longitudinal German COPSY Study on Youth Mental Health and Health-Related Quality of Life. URL: <https://www.uke.de/kliniken-institute/kliniken/kinder-und-jugendpsychiatrie-psychotherapie-und-psycho-somatik/forschung/arbeitsgruppen/child-public-health/forschung/copsy-studie.html>

Studitemps. 2021, Februar. Studieren und Geldverdienen unter Pandemiebedingungen. Studitemps GmbH und Maastricht University.

Wößmann, L., Freundl, V., Grewenig, E., Lergetporer, P., Werner, K., Zierow, L. 2021, Mai. Bildung erneut im Lockdown: Wie verbrachten Schulkinder die Schulschließungen Anfang 2021? In: ifo Schnelldienst, 74 (5). URL: <https://www.ifo.de/DocDL/sd-2021-05-woessmann-et-al-corona-schulschliessungen.pdf>

<HOMEOFFICE/NEW WORK>

Alipourm J., Langer, C., O’Kane, L. 2021. Wird uns das Home Office erhalten bleiben? In: ifo Schnelldienst, 74 (9), S. 46-52. URL: <https://www.ifo.de/publikationen/2021/aufsatz-zeitschrift/wird-uns-das-homeoffice-erhalten-bleiben-ein-blick-35>

Bloom, N., Han, R., Liang, J. 2022, Mai. How Hybrid Work From Home Works Out. Working Paper (preliminary). URL: <https://www.dropbox.com/s/8n4uejv93a-zyhu/Shanghai.pdf?dl=0>

Bloom, N., Liang, J., Roberts, J., Ying, Z. 2015. Does Working from Home Work? Evidence from a Chinese Experiment. Quarterly Journal of Economics. Oxford University Press, 130 (1), S. 165-218. URL: https://www.nber.org/system/files/working_papers/w18871/w18871.pdf

Gibbs, M., Mengel, F., Siemroth, C. 2021. Work from Home & Productivity: Evidence from Personnel & Analytics Data on IT Professionals. Working Paper No. 2021-56. Becker Friedman Institute, University of Chicago. URL: <https://bfj.uchicago.edu/working-paper/2021-56/>

Harrington, E., Emanuel, N. 2021, April. Working’ Remotely? Selection, Treatment, and Market Provision of Remote Work (JMP). Working Paper Harvard University. URL: <https://scholar.harvard.edu/eharrington/publications/working-remotely-selection-treatment-and-market-provision-remote-work>

Lott, Y. 2021, Oktober. Do employees always reciprocate home-based working with commitment? The role of blurring boundaries, trust and fairness. WSI Working Paper Nr. 213. URL: <https://www.boeckler.de/de/pressemitteilungen-2675-homeoffice-staerkt-die-identifikation-mit-dem-unternehmen-36092.htm>

Mas, A., Moretti, E. 2009. Peers at Work. American Economic Review 99 (1), S 112-45. URL: <https://www.aeaweb.org/articles?id=10.1257/aer.99.1.112>

Mas, A., Pallais, A. 2017. Valuing Alternative Work Arrangements. American Economic Review. 107 (12), S. 3722-3759. URL: <https://pubs.aeaweb.org/doi/abs/10.1257/aer.20161500>

Ramani, A., Bloom, N. 2021. The Donut Effect of Covid-19 on Cities. Working Paper 28876. National Bureau of Economic Research. URL: <https://drive.google.com/file/d/1931QHD6KQd2CDW-WFNWvt8WVARXig0sR-view>

<GENDER ECONOMICS>

Konsortium Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs. 2021. Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs 2021. Statistische Daten und Forschungsbefunde zu Promovierenden und Promovierten in Deutschland. URL: <https://www.buwin.de/dateien/buwin-2021.pdf>

Sander, A., Grauer, C. 2020, 8. August. Forschen und Schreiben in der Krise. Blog-Beitrag Friedrich-Ebert-Stiftung. URL: <https://www.fes.de/forschen-und-schreiben-in-der-krise>

<SOZIALPOLITIK>

Bundesagentur für Arbeit. 2022, Juni. Die Bundesagentur für Arbeit während der Coronapandemie. Existenzsicherung für zehn Millionen Menschen. URL: https://www.arbeitsagentur.de/datei/die-bundesagentur-fuer-arbeit-waehrend-der-coronapandemie_ba147596.pdf

Christl, M., De Poli, S., Hufkens, T., Peichl, A., Ricci, M. 2021. The Role of Short-Time Work and Discretionary Policy Measures in Mitigating the Effects of the COVID-19 Crisis in Germany. CESifo Working Paper No. 9072. CESifo. URL: <https://www.cesifo.org/de/publikationen/2021/working-paper/role-short-time-work-and-discretionary-policy-measures-mitigating>

Herzog-Stein, A., Nüß, P., Peede, L., Stein, U. 2021, Mai. Germany’s Labour Market in Coronavirus Distress – New Challenges to Safeguarding Employment. Working Paper. Hans-Böckler-Stiftung. URL: https://www.imk-boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-008016

Horn, G. 2020. Die Corona-Krise: Ökonomische Ursachen, Folgen und Maßnahmen – ein Überblick. In: Deutschland und Europa. 37 (80). Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. S. 6 ff. URL: <https://www.lpb-bw.de/publikation-anzeige/de-80-2020-wirtschaftspolitik-in-zeiten-der-corona-krise>

Impressum

Herausgeber

Joachim Herz Stiftung
Langenhorner Chaussee 384
22419 Hamburg
www.joachim-herz-stiftung.de

Ansprechpartner

Programmereich Wirtschaft
wirtschaft@joachim-herz-stiftung.de

Redaktionelle Beiträge

wortwert redaktion,
Dr. Jan Brosse, Joachim Herz Stiftung,
Frauke Manninga, FördeLektorat & Text

Gestaltung & Bildredaktion

Kammann Rossi

Druck

Druckerei Siepmann GmbH

Stand: Juni 2023



Unser Expertenrat

Wir bedanken uns bei unseren Expert:innen, Wissenschaftler:innen und Journalist:innen für ihre Unterstützung bei dieser Publikation. So wie unser Korrektiv eint auch diese Publikation Wirtschaftswissenschaften und Kommunikation. Denn was sind die besten Forschungsergebnisse wert, wenn keiner von ihnen erfährt?



Patrick Bernau
Leiter der Ressorts Wirtschaft und Geld und Mehr bei der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung



Ulric Papendick
Geschäftsführender Direktor der Kölner Journalistenschule



Daniel Rettig
Freier Journalist, Autor und Moderator



Nadine Riedel
Direktorin des Instituts für Wirtschaftspolitik und Regionalökonomik an der Universität Münster



Carola Sonnet
Redenschreiberin im Bundesministerium für Bildung und Forschung



Matthias Sutter
Direktor am Max-Planck-Institut zur Erforschung von Gemeinschaftsgütern in Bonn, Professor für Volkswirtschaftslehre an den Universitäten Köln und Innsbruck



Achim Wambach
Präsident des ZEW und Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Mannheim

